Demontagen in Sachsen 1945/46

Ein Schlüsseldokument zu Kenntnisstand und Reaktionen der KPD

VON WINFRID HALDER

Die Übernahme wirtschaftlicher Machtpositionen durch KPD-Funktionäre in Sachsen im Sommer 1945

Fast zeitgleich mit dem Vordringen der Roten Armee auf sächsisches Territorium im April und Mai 1945[1] begann dort – wie in anderen Teilen des sowjetisch besetzten Gebietes auch – die Schaffung einer neuen deutschen Zivilverwaltung. In Zusammenarbeit mit den sowjetischen Streitkräften geschah dies wesentlich unter dem Einfluß dreier eigens gebildeter und gezielt vorbereiteter „Initiativgruppen" der Moskauer Exil-Leitung der KPD.[2] In Sachsen wurde die von Anton Ackermann geleitete Gruppe tätig; sie bestand aus zehn kommunistischen Funktionären, die damit aus der Emigration in der Sowjetunion nach Deutschland zurückkehrten. Ferner gehörten ihr zehn weitere Mitglieder an, die aus in der UdSSR kriegsgefangenen Wehrmachtsangehörigen rekrutiert und mit einer speziellen „antifaschistischen" Schulung versehen worden waren.[3] Da die Gruppe ihre Tätigkeit jedoch auch auf nicht-sächsische Gebiete ausdehnen sollte, wurde sie geteilt. In Dresden trafen infolgedessen am 09. Mai 1945 nur Hermann Matern, Kurt Fischer, Fred Oelßner, Heinrich Greif und Helmut Welz ein.[4]

---

[1] Vgl. Rolf-Dieter Müller/ Gerd R. Ueberschär, Kriegsende 1945. Die Zerstörung des Deutschen Reiches, Frankfurt/M. 1994, S. 64 ff.; vgl. auch Joachim Schiefer, Historischer Atlas zum Kriegsende 1945 zwischen Berlin und dem Erzgebirge, Beucha 1998, S. 1 ff.

[2] Vgl. Norman N. Naimark, The Russians in Germany. A History of the Soviet Zone of Occupation, 1945–1949, Cambridge/Mass., London 1995, S. 41 ff. u. S. 252 ff., und Wolfgang Leonhard, Die Revolution entläßt ihre Kinder, [5. Aufl.], Köln 1992, S. 398 ff.

[3] Vgl. Helfried Wehner/ Karl-Heinz Gräfe, Die Befreiung unseres Volkes vom Faschismus und der Beginn der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung. Dargestellt am Beispiel des Landes Sachsen, in: Sächsische Heimatblätter 21 (1975), H. 1, S. 1–52; S. 22.

[4] Vgl. Helfried Wehner, Die Unterstützung der sowjetischen Militärorgane für die deutschen Antifaschisten im Mai 1945, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 18 (1970), H. 4, S. 513–526; S. 515 f.

Die auf deutscher Seite bestimmenden Persönlichkeiten in der sächsischen Landeshauptstadt wurden rasch Hermann Matern und Kurt Fischer. Bei beiden handelte es sich um kommunistische Berufsfunktionäre mit langjähriger Parteierfahrung.[5] Unter Leitung Materns und Fischers wurde unverzüglich mit dem Neuaufbau einer Stadtverwaltung begonnen. Der neue Dresdner Magistrat wurde bereits am 10. Mai vom sowjetischen Stadtkommandanten bestätigt. An seiner Spitze stand als Oberbürgermeister der Sozialdemokrat Dr. Rudolf Friedrichs, der als Jurist schon früher in der sächsischen Verwaltung tätig gewesen war. Nach seiner Entlassung durch die Nationalsozialisten im Jahre 1933 hatte Friedrichs die Herrschaft Hitlers in verschiedenen beruflichen Tätigkeiten in Dresden überdauert.[6] Als sein Stellvertreter und Erster Bürgermeister fungierte Kurt Fischer, das Personalamt der neuen Stadtverwaltung übernahm Hermann Matern persönlich.[7] Eine der ersten Aufgaben der Stadtverwaltung mußte in Anbetracht der katastrophalen Situation, die das NS-Regime hinterlassen hatte, die Sicherung der Versorgung der Bevölkerung und die Wiederingangbringung des Wirtschaftslebens sein.[8] Den kommunistischen Funktionären, durch die Unterstützung der Besatzungsmacht faktisch die entscheidende Instanz, kam daher von vornherein auch ein hohes Maß an ökonomischer Verantwortung zu.

Galt dies schon auf der städtischen Ebene in der Landeshauptstadt, so kam rasch auch die Zuständigkeit für die gesamte sächsische Wirtschaft hinzu. Denn bereits kurz nach der Bildung der Dresdner Stadtverwaltung ging aus dieser, unter der Kontrolle der fast zeitgleich gebildeten Sowjetischen Militäradministration in Sachsen (SMAS)[9], die Landesverwaltung Sachsen (LVS) hervor. Auch ihre Zusammensetzung wurde von Matern und Fischer gesteuert. An die Spitze der LVS wurde wiederum Rudolf Friedrichs gestellt, seine offizielle Amtsbezeichnung lautete „Präsident der

---

[5] Vgl. zu Hermann Matern: Biographisches Handbuch der SBZ/DDR 1945–1990, Bd. 2, hrsg. von Gabriele Baumgartner/ Dieter Hebig, München 1997, S. 518; zu Fischer vgl. neuerdings Michael Richter/ Mike Schmeitzner, „Einer von beiden muß so bald als möglich entfernt werden". Der Tod des sächsischen Ministerpräsidenten Rudolf Friedrichs vor dem Hintergrund des Konfliktes mit Innenminister Kurt Fischer 1947. Eine Expertise des Hannah-Arendt-Instituts im Auftrag der Sächsischen Staatskanzlei, Leipzig 1999, S. 66 ff.

[6] Vgl. Richter/Schmeitzner, Tod, S. 35 ff.

[7] Vgl. Wehner, Unterstützung, S. 523.

[8] Vgl. hierzu neuerdings die noch unveröffentlichte Magister-Arbeit von Thomas Widera, Dresden 1945. Verwaltung und Wirtschaft einer Großstadt in der SBZ nach dem Ende des Krieges, Dresden 1999, S. 1 ff.

[9] Vgl. Jan Foitzik, Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD), in: SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien und gesellschaftliche Organisationen in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949, hrsg. von Martin Broszat/ Hermann Weber, München 1990, S. 7–70; S. 23 f. u. Wehner/Gräfe, Befreiung, S. 39.

Landesverwaltung Sachsen". Friedrichs stand dem zunächst sechsköpfigen „Präsidium" der LVS vor; diesem gehörte als „Erster Vizepräsident" und Chef des Innenressorts auch Kurt Fischer an. Die anderen Geschäftsbereiche übernahmen als „Vizepräsidenten" Dr. Wilhelm Lenhardt (Ernährung und Landwirtschaft), Dr. Reinhard Uhle (Justiz), Gerhard Rohner (Finanzen) sowie Dr. Richard Woldt (Wirtschaft und Arbeit). Lenhardt war parteilos, Uhle gehörte der LDP an, Rohner war unter den Gründern des sächsischen CDU-Landesverbandes.[10] Woldt schließlich war wie Rudolf Friedrichs Sozialdemokrat.[11] Der „starke Mann" innerhalb des Präsidiums der LVS war von vornherein der Kommunist Fischer. Er kontrollierte zudem mit der in seinem Innenressort verankerten Personalabteilung, die unter die Leitung von Egon Dreger kam, der wie Fischer ein aus der Sowjetunion zurückgekehrter KPD-Funktionär war, die gesamte Personalpolitik der Landesverwaltung.[12] Das Präsidium der LVS verkörperte damit in geradezu modellhafter Weise das kommunistische Konzept der „Blockpolitik", wonach die Funktionäre der KPD zwar nicht unmittelbar an der Spitze und damit im Rampenlicht stehen, zugleich aber die Schlüsselpositionen der Macht besetzt halten sollten.[13]

Sachsen kam aus der Sicht der Moskauer Exil-Leitung der KPD nach dem Zusammenbruch des NS-Regimes von Beginn an besondere Bedeutung zu. Einerseits hatte es gewissermaßen als das „Mutterland der Arbeiterbewegung" herausragenden politischen Stellenwert; die KPD hatte dort vor 1933 eine ihrer wichtigsten Hochburgen gehabt. Noch in der Reichstagswahl vom März 1933 waren in Sachsen fast 20 % der abgegebenen Stimmen auf die Kommunisten entfallen[14], während die KPD sonst im Reichsdurchschnitt nur 16,9 % der Stimmenanteile erzielt hatte.[15] In Anknüpfung an diese politische Tradition bot das Land scheinbar besonders gute Voraussetzungen zur Verwirklichung des Nachkriegskonzeptes der KPD.

---

[10] Vgl. Ralf Baus, Die Gründung der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands in Sachsen 1945, in: Historisch-politische Mitteilungen 2 (1995), S. 83–117; S. 84 f.

[11] Vgl. Helga M. Welsh, Sachsen, in: SBZ-Handbuch, S. 126–146; S. 133.

[12] Vgl. Agatha Kobuch, Die Personalpolitik der Landesverwaltung Sachsen vom Juli 1945 bis April 1946 im Spiegel ihrer Präsidialsitzungen, in: Landesgeschichte als Herausforderung und Programm. Karlheinz Blaschke zum 70. Geburtstag, hrsg. von Uwe John/ Josef Matzerath, (= Quellen und Forschungen zur sächsischen Geschichte, Bd. 15), Stuttgart 1997, S. 681–708; S. 681 ff., sowie: Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden (im folgenden: SächsHStA) Landesregierung Sachsen (LRS) Ministerium für Wirtschaft (MfW) Nr. 84, Bl. 224 f.

[13] Vgl. Leonhard, Revolution (wie Anm. 2), S. 439 f.

[14] Vgl. Welsh, Sachsen (wie Anm. 11), S. 132.

[15] Vgl. Peter Longerich, Deutschland 1918–1933. Die Weimarer Republik. Handbuch zur Geschichte, Hannover 1995, S. 402 f.

Zum anderen war Sachsen ohne Zweifel das wirtschaftlich wichtigste Land der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ). Innerhalb der sächsischen Grenzen waren rund zwei Drittel der industriellen Produktionskapazität des sowjetisch besetzten Gebietes konzentriert.[16] Daher mußte das Land bei jeder Wiederaufbauplanung an vorderster Stelle rangieren. In ihrem in Moskau vorbereiteten Aufruf vom 11. Juni 1945 machte die KPD die Wirtschaftspolitik zu einem ihrer wesentlichsten Anliegen. So verlangte der Aufruf unter anderem: „Kampf gegen Hunger, Arbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit. Allseitige aktive Unterstützung der Selbstverwaltungsorgane in ihrem Bestreben rasch ein normales Leben zu sichern und die Erzeugung wieder in Gang zu bringen. Völlig ungehinderte Entfaltung des freien Handels und der privaten Unternehmerinitiative auf der Grundlage des Privateigentums."[17] Damit waren immerhin Grundlinien festgelegt, wenngleich das „Wirtschaftsprogramm" der KPD ansonsten ziemlich vage blieb.

Klar war, daß der Partei zunächst daran gelegen sein mußte, sich ein Bild vom Zustand der sächsischen Wirtschaft zu machen. Ein erster Schritt in diese Richtung waren die Eindrücke, die Anton Ackermann unmittelbar nach dem Eintreffen der von ihm geleiteten „Initiativgruppe" bis Anfang Juni 1945 in Sachsen gesammelt hatte. Bei einer kurzfristigen Rückkehr nach Moskau in den ersten Juni-Tagen übermittelte er diese nicht nur der Exilführung der KPD unter Wilhelm Pieck, sondern unterrichtete zugleich Stalin und weitere sowjetische Spitzenfunktionäre über seine Sicht der Situation.[18] Ackermann ging dabei insbesondere auf die Probleme bei der Schaffung neuer Verwaltungsstrukturen, wie auch auf solche bei der Rekonstituierung der KPD ein. Ferner wandte er sich verschiedenen Fragen von ökonomischer Bedeutung zu. So bemerkte er die riesigen, in ihrer Zahl gar nicht abschätzbaren Menschenmengen, die allerorten unterwegs waren. Den unmittelbar kriegsbedingten Zerstörungsgrad von Städten und Ortschaften in Sachsen schätzte Ackermann als sehr unterschiedlich ein.[19] Die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung bezeichnete er als „sehr angespannt."[20] Hinsichtlich der Wirtschaftslage kam Ackermann zusammenfassend zu folgendem Schluß: „Ein Wirtschaftsleben gibt es in Wirklichkeit noch nicht. Es fehlt an Rohstoffen, sogar an Mitteln, an Maschinen. Alle Banken sind geschlossen, die Sparkassen ebenfalls, und solange der Um-

---

16 Vgl. Welsh, Sachsen (wie Anm. 11), S. 127 f.

17 Peter Erler/Horst Laude/Manfred Wilke, „Nach Hitler kommen wir". Dokumente zur Programmatik der Moskauer KPD-Führung für Nachkriegsdeutschland, Berlin 1994, Dokument Nr. 41, S. 395.

18 Vgl. Jochen Laufer, „Genossen, wie ist das Gesamtbild?" Ackermann, Ulbricht und Sobottka in Moskau im Juni 1945, in: Deutschland-Archiv 29 (1996), H. 3, S. 355–371; S. 355 ff.

19 Vgl. Laufer, Genossen (wie Anm. 18), S. 358 f.

20 Ebenda, S. 361.

tausch der alten deutschen Mark in entsprechendem Verhältnis gegen neue Besatzungs-Mark nicht durchgeführt ist, ist es schwer vorstellbar, daß es irgendeine Produktion geben wird, oder irgendeinen Handel. Einzelne Anfänge gibt es. Zum Beispiel in Dresden kann man sehen, daß Gemüse verkauft wird. Doch in dieser Hinsicht liegt das meiste noch vor uns."[21]

Mit letzterer Feststellung hatte Ackermann zweifellos recht. Zwar lag die direkte politische Verantwortung für wirtschaftliche Probleme in der Landesverwaltung Sachsen einstweilen nicht bei einem Kommunisten, doch war klar, daß die KPD in Anbetracht ihrer besonderen Stellung in der ganzen SBZ auch Lösungswege aus der ökonomischen Nachkriegskrise zu zeigen haben würde. In Dresden amtierte als Wirtschaftsressortchef vorläufig noch der Sozialdemokrat Richard Woldt. Von diesem gingen jedoch seit der Installierung des Präsidiums der LVS, welches seine Tätigkeit formell am 09. Juli 1945 aufnahm[22], so gut wie keine Impulse aus. Woldt blieb offenbar so passiv, daß er in seiner Amtszeit kaum Spuren in den Akten des sächsischen Wirtschaftsressorts hinterlassen hat. Seine baldige Ersetzung durch einen tatkräftigeren neuen Ressortchef drängte sich in Anbetracht der prekären wirtschaftlichen Situation also geradezu auf.

So mußte Woldt denn auch schon Mitte September 1945 seinen Posten als Vizepräsident für Wirtschaft und Arbeit räumen. Im Rahmen einer ersten Umbildung des Präsidiums der LVS schieden er und Wilhelm Lenhardt aus der sächsischen Verwaltungsspitze aus. Das Landwirtschaftsressort, das Lenhardt bisher geleitet hatte, wurde von dem Sozialdemokraten Walther Gäbler übernommen.[23] An die Stelle Richard Woldts aber trat als neuer Wirtschaftsressortchef der Kommunist Fritz Selbmann.

Selbmann war alles andere als ein politischer Neuling. Geboren 1899 im hessischen Lauterbach, hatte der gelernte Bergmann bereits seit Beginn der zwanziger Jahre der KPD angehört und bald als Berufsfunktionär an der Seite Ernst Thälmanns einen raschen innerparteilichen Aufstieg erlebt. Nach verschiedenen anderen hochrangigen Verwendungen wurde Selbmann im Februar 1931 Bezirkssekretär der KPD in Sachsen und damit einer der wichtigsten kommunistischen Funktionäre in Deutschland überhaupt.[24] Bereits kurz nach der Installierung der Regierung Hitler wurde Selbmann Mitte April 1933 verhaftet. In dem folgenden Hochverratsprozeß zu sieben Jahren Zuchthaus verurteilt, trat Selbmann seinen Weg als politischer Häftling durch verschiedene Gefängnisse und Konzen-

---

21 Ebenda, S. 363.

22 Vgl. SächsHStA LRS Ministerpräsident (MP) Nr. 1372 – Film-Nr. K I 137, Aufn. 86 ff.

23 Vgl. Welsh, Sachsen (wie Anm. 11), S. 134.

24 Vgl. E.R. Greulich, Fritz Selbmann, in: Die erste Stunde. Porträts, hrsg. von Fritz Selbmann, Berlin [Ost] 1969, S. 319–329; S. 325.

trationslager an.[25] Erst Ende April 1945 gelang ihm inmitten des Zusammenbruchs des NS-Regimes die Flucht; Selbmann kehrte sofort an seine letzte politische Wirkungsstätte in Leipzig zurück und beteiligte sich führend am dortigen Wiederaufbau der KPD.[26] Im August 1945 wurde Selbmann auf Veranlassung Hermann Materns zunächst als Chef des dem Wirtschaftsressort unterstehenden Landesarbeitsamtes nach Dresden beordert; schon rund vier Wochen später trat er an die Stelle Richard Woldts als Vizepräsident für Wirtschaft und Arbeit der Landesverwaltung. Nach seinen eigenen Bekundungen hatte er sich zuvor auf einer kommunistischen Parteiversammlung „etwas zu unvorsichtig breit mit Wirtschaftsfragen beschäftigt", was den anwesenden Matern offenbar veranlaßt habe, ihn für einen „Wirtschaftler" zu halten.[27] Indessen habe er zum Zeitpunkt seiner Berufung zum neuen Wirtschaftsressortchef in Sachsen „von den Aufgaben der Führung der Wirtschaft eines entwickelten Industrielandes nicht viel mehr [gewußt], als ein langjährig als Funktionär der KPD tätiger Genosse zu wissen pflegte."[28] Mit dem Amtsantritt Selbmanns übernahm jedoch die KPD direkt die Verantwortung für die Wirtschaft Sachsens.

Selbstverständlich mußte der KPD daran gelegen sein, die von ihr übernommenen Positionen mit möglichst kompetenten Personen zu besetzen. Die Berufung Fritz Selbmanns zum Chef des wichtigsten Wirtschaftsressorts in der SBZ war jedoch Zeugnis des geradezu verzweifelten „Kader-Mangels" der deutschen Kommunisten in der ersten Nachkriegszeit. Die kommunistische Partei hatte einen hohen Blutzoll an die NS-Diktatur zu entrichten gehabt, und auch die ins sowjetische Exil geflohenen Funktionäre waren im Zuge der „Säuberungen" Stalins erheblich dezimiert worden. Die Heimkehrer der KPD aus der Sowjetunion waren zahlenmäßig keinesfalls in der Lage, die anvisierten Schlüsselstellungen in der SBZ zu besetzen, daher mußte vielfach – wie im Falle Selbmanns – auf Alt-Kommunisten zurückgegriffen werden, die Deutschland nach 1933 nicht hatten verlassen können und die sehr oft lange Zeit durch das NS-Regime gefangengehalten worden waren. Ihnen wurde generell seitens der „Moskauer" mit erheblichem Mißtrauen begegnet, zumal sie die programmatische Entwicklung der Partei seit 1933 nicht oder nur sehr unvollständig hatten mitvollziehen können.[29] Gleichermaßen nur bedingt einsetzbar waren aus der Sicht der zurückgekehrten kommunistischen Parteispitze die Neu-Mitglieder, die der KPD zwar seit dem Sommer 1945 in bislang nie gekannter

---

[25] Vgl. Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BArch) NY 4113/1, Bl. 47 ff.

[26] Vgl. SAPMO-BArch Sg Y 30/1098/1, Bl. 21.

[27] Vgl. SAPMO-BArch Sg Y 30/1098/1, Bl. 38.

[28] Vgl. Fritz Selbmann, Anfänge der Wirtschaftsplanung in Sachsen, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 14 (1972), H. 1, S. 76–82; S. 76.

[29] Vgl. Erler/Laude/Wilke, Nach Hitler (wie Anm. 17), S. 107.

Zahl zuströmten[30], deren „ideologische Reife" jedoch fragwürdig war.[31] Dennoch wurde der Apparat der Landesverwaltung systematisch mit KPD-Mitgliedern durchsetzt. Ende 1945 waren 465 LVS-Mitarbeiter KPD-Angehörige, das waren fast 22 % der insgesamt 2 137 Bediensteten der Landesverwaltung. Das kommunistische Übergewicht wird noch deutlicher, wenn man sich vergegenwärtigt, daß der SPD zum gleichen Zeitpunkt nur 361 oder knapp 17 %, der LDP nur rund 3 % und der CDU nicht einmal 2 % der Mitarbeiter der LVS angehörten, der Rest war parteilos.[32]

Insbesondere wurden auch die dem Ressortchef nachgeordneten Spitzenpositionen im Wirtschaftsressort mit Kommunisten besetzt. Die wichtige, allerdings nicht ständig dem Wirtschaftsressort zugeordnete Abteilung Verkehr wurde Bruno Siegel und damit ebenfalls einem altgedienten KPD-Funktionär[33] unterstellt. Die Leitung der Abteilung Brennstoff, Kohle und Energie und die der Abteilung Soziales wurde Gerhart Ziller beziehungsweise Jenny Matern übertragen[34], ihrerseits beide schon lange Angehörige der kommunistischen Partei.[35] Damit befand sich fast die gesamte Leitungsebene der neu aufgebauten sächsischen Wirtschaftsverwaltung in Händen der KPD.

II. Ausmaß und Konsequenzen der Demontagen im Herbst 1945 aus der Sicht der Landesleitung der KPD

Entstehungszusammenhang des Dokuments

Der wichtigste unter den Kommunisten, die fortan die praktische Wirtschaftspolitik in Sachsen bestimmten, war und blieb natürlich Fritz Selbmann. An dessen weltanschaulichen Grundlagen und Funktionärserfahrung war nicht zu zweifeln. Zugleich waren Selbmanns ungewöhnliche Energie und Tatkraft nicht in Abrede zu stellen – seine im engeren Sinne fachliche Qualifikation als Chef des Wirtschaftsressorts war hingegen gering. Daraus hat er ja auch selbst kein Hehl gemacht. Allerdings sollte oh-

---

[30] Allein der unter der Leitung Hermann Materns neugegründete sächsische Landesverband der KPD wuchs zwischen August 1945 und April 1946 von ca. 45.000 auf rund 194.000 Mitglieder an; vgl. Werner Müller, Kommunistische Partei Deutschlands (KPD), in: SBZ-Handbuch, Broszat/Weber, S. 440–459; S. 458 f.

[31] Vgl. Thekla Klutig, Parteischulung und Kaderauslese in der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands 1946–1961, Berlin 1997, S. 44 ff.

[32] Vgl. Manfred Unger, Die Stellung der Landesverwaltung Sachsen in den revolutionären Prozessen des Jahres 1945, in: Jahrbuch für Regionalgeschichte 13 (1986), S. 254–281; S. 269.

[33] Vgl. Baumgartner/Hebig, Biographisches Handbuch II (wie Anm. 5), S. 861.

[34] Vgl. SächsHStA LRS MfW Nr. 86, Bl. 16 f.

[35] Vgl. Baumgartner/Hebig, Biographisches Handbuch II, S. 1046 (Ziller) bzw. S. 518 (Matern).

nehin von vornherein sichergestellt werden, daß Selbmann in seiner neuen Funktion eng den Vorgaben der Parteileitung der KPD verbunden blieb. Hermann Matern hatte sich, nachdem er sich zunächst am Aufbau der neuen Dresdner Stadtverwaltung unmittelbar beteiligt hatte, auf den Neuaufbau der KPD in Sachsen konzentriert. Eine seiner Hauptaufgaben in diesem Zusammenhang war, alle „Genossen", die nicht im sowjetischen Exil gewesen waren, auf den in Moskau bestimmten Kurs der Partei festzulegen.[36] Dies galt natürlich insbesondere für solche Parteimitglieder, die mit wichtigen Aufgaben betraut wurden. So hat Fritz Selbmann selbst berichtet, daß er vor seiner Amtsübernahme im Wirtschaftsressort von Matern und Fischer „vergattert" wurde.[37] Damit dürfte eine nachdrückliche Einschärfung der aktuellen programmatischen Linie der KPD-Spitze gemeint gewesen sein. War Selbmann also über den gemäß dem in Moskau entwickelten Konzept einzuschlagenden politischen Kurs grundsätzlich orientiert, so mußte doch zugleich sein praktisches Wirken im Wirtschaftsressort an weitere, detailliertere Vorgaben der Partei gebunden werden. Aus den Moskauer Programm-Dokumenten war – abgesehen von sehr allgemeinen Leitlinien – indessen ein praktisch umsetzbares, konkretes wirtschaftspolitisches Konzept nicht abzuleiten. Infolgedessen war Selbmann für seine Tätigkeit darauf angewiesen, über die internen Informationskanäle der KPD nähere Anleitung zu erhalten.

An der Spitze der KPD war es in der Hauptsache Walter Ulbricht, der das Gebiet der Wirtschaftspolitik als seine Domäne betrachtete.[38] Ulbricht wurde dabei unterstützt von der Abteilung Wirtschaft beim Parteivorstand der KPD. Deren Leitung übernahm im Herbst 1945 der damals erst 35-jährige Bruno Leuschner. Mitglied der kommunistischen Partei seit 1931, war Leuschner wie Fritz Selbmann zuvor lange Zeit politischer Häftling des nationalsozialistischen Regimes gewesen.[39] Als Verbindungsglied zwischen Parteiführung, deren Wirtschaftsabteilung und Selbmann als ausführendem Organ der praktischen Wirtschaftspolitik mußte der Abteilung Wirtschaft beim sächsischen Landesvorstand der KPD entscheidende Bedeutung zukommen. Zweifellos handelte es sich hier um die innerparteiliche Schaltstelle, die Informationen in beiden Richtungen und Handlungsmaßgaben von „oben" nach „unten" weiterleitete. Selbmann hat später selbst bekundet, daß die Direktiven der Parteiführung der KPD und dann der SED hinsichtlich der Wirtschaftspolitik für ihn „größte Bedeutung"

---

[36] Vgl. Stefan Donth, Die Gründung der SED in Sachsen, in: Historisch-politische Mitteilungen 3 (1996), S. 103–131; S. 110 ff.

[37] Vgl. SAPMO-BArch Sg Y 30/1098/1, Bl. 39.

[38] Vgl. Leonhard, Revolution (wie Anm. 2), S. 502.

[39] Vgl. Biographisches Handbuch der SBZ/DDR 1945–1990, Bd. 1, hrsg. von Gabriele Baumgartner/ Dieter Hebig, München, New Providence, London, Paris 1996, S. 476 f.

hatten.[40] Daher gibt der Kenntnisstand der Wirtschaftsabteilung der Dresdner KPD-Leitung sicherlich einen guten Einblick in den Kenntnisstand und die Lagebeurteilung sowohl bei Fritz Selbmann als Wirtschaftsressortchef wie auch bei den übergeordneten Instanzen der Berliner Parteileitung.

Beispielhaft zeigen läßt sich dies anhand eines Dokumentes aus dem früheren Dresdner Bezirksparteiarchiv, genauer aus dem Bestand der Abteilung Wirtschaft der SED-Landesleitung Sachsen. Es spiegelt wenigstens partiell eben jenen Kenntnisstand der mit Wirtschaftsfragen befaßten kommunistischen Funktionäre im Spätsommer 1945 wider. Offenkundig handelt es bei den genannten SED-Akten um eine Übernahme aus den Unterlagen der Abteilung Wirtschaft der sächsischen KPD-Führung. Insbesondere zeigt das hier vorgestellte Dokument, wie sich für die KPD schon frühzeitig das Ausmaß und die Folgen der sowjetischen Demontagen in Sachsen darstellten. Damit wurde zweifellos eines der zentralen ökonomischen Probleme nicht nur für das von Fritz Selbmann geleitete sächsische Wirtschaftsressort berührt, vielmehr handelte es sich dabei um ein Problem, welches für die wirtschaftliche Lage und Zukunft der gesamten SBZ von entscheidender Bedeutung war.

Über die Entstehung und Datierung des 19 maschinenschriftliche Seiten umfassenden Dokuments lassen sich zunächst nur Mutmaßungen anstellen. Es ist nicht auf Kopfbogen, sondern normalem, ungezeichnetem Schreibmaschinenpapier geschrieben. Eine Unterschrift oder einen sonstigen Verfasservermerk trägt es nicht. Es spricht jedoch einiges dafür, seine Urheberschaft nicht in der Abteilung Wirtschaft der KPD-Landesleitung zu vermuten. Vielmehr ist anzunehmen, daß das Dokument in der „Wirtschaftskammer Sachsen" entstanden ist.

Dafür spricht, daß die Wirtschaftskammer im vermuteten Entstehungszeitraum – auf den zurückzukommen ist – die wohl einzige Institution war, die sachlich in der Lage war, eine derartige Ausarbeitung vorzunehmen. Die Wirtschaftskammer Sachsen ging im Sommer 1945 zunächst offenbar personell relativ bruchlos aus der „Gauwirtschaftskammer Sachsen" hervor. Letztere wiederum war 1942 durch den Zusammenschluß der sächsischen Industrie- und Handelskammer und der Handwerkskammer entstanden.[41] Nach dem Ende des NS-Regimes erhielt die Gauwirtschaftskammer vorerst nur einen neuen Präsidenten, ihr Name wurde geringfügig verändert, sonst blieb sie in ihrer bisherigen Struktur erhalten. An die

---

[40] Vgl. Selbmann, Anfänge der Wirtschaftsplanung (wie Anm. 28), S. 81.

[41] Vgl. Ulrich Hess, Sachsens Industrie in der Zeit des Nationalsozialismus. Ausgangspunkte, struktureller Wandel, Bilanz, in: Wirtschaft und Gesellschaft in Sachsen im 20. Jahrhundert, hrsg. von Werner Bramke/Ulrich Hess (= Leipziger Studien zur Erforschung von regionenbezogenen Identifikationsprozessen, Bd. 2), Leipzig 1998, S. 53–88; S. 79 ff.

Spitze der Wirtschaftskammer trat Dr. Werner Lang[42], der bei der Bildung der Landesverwaltung Sachsen zugleich Staatssekretär im Ressort Wirtschaft und Arbeit wurde. Lang war während der Amtszeit von Richard Woldt der faktische Ressortchef; im Gegensatz zu Woldt hat er deutliche Spuren seiner Aktivität in den Akten des Wirtschaftsressorts hinterlassen. Als Woldt durch Fritz Selbmann ersetzt wurde, behielt Lang seinen Posten als Staatssekretär und wurde zu einem der wichtigsten Mitarbeiter des kommunistischen Ressortchefs.

Unter Langs Leitung entstanden im Juli 1945 die ersten Versuche, eine Lagebeschreibung der sächsischen Wirtschaft vorzunehmen. Ende Juli wurde dem Wirtschaftsressort eine umfangreiche Ausarbeitung unter dem Titel „Struktur und Zustand der sächsischen Industrie" übermittelt. Diese beruhte in der Hauptsache auf statistischem Material aus der Vorkriegszeit[43], über das offenkundig nur die Wirtschaftskammer, nicht aber das gerade in der Entstehung begriffene Ressort Wirtschaft und Arbeit der neu gebildeten Landesverwaltung Sachsen verfügte. Das hier in Rede stehende Dokument aus dem früheren Parteiarchiv zeigt aber zahlreiche inhaltliche Parallelen zu dem Bericht der Wirtschaftskammer von Ende Juli 1945. Neben den in beiden Dokumenten genannten allgemeinen Problemlagen der sächsischen Industriewirtschaft – wie der Abhängigkeit von auswärtigen Rohstoff- und Halbzeugzufuhren und den prekären Verkehrsverhältnissen – wurde zudem schon in dem Bericht der Wirtschaftskammer von Ende Juli ausführlich auf die Demontagen und deren Konsequenzen eingegangen. Dort war die Rede davon, daß die „Abbaumaßnahmen" seitens der Besatzungsmacht „bereits erschreckende Formen" angenommen hätten; diese Bewertung wurde unter Verweis auf zum Zeitpunkt der Entstehung des Berichts rund 80 von der Wirtschaftskammer registrierte Demontagen vorgenommen.[44] Das hier untersuchte Dokument liest sich aber in Diktion und Anlage wie eine aktualisierte Fortschreibung der auf die Demontagen bezogenen Passagen des Wirtschaftskammer-Berichtes vom Juli. Daher kann angenommen werden, daß es den gleichen Ursprung hat.

Da in dem Dokument eine Zahl von deutlich mehr als 300 Demontagen genannt wird, läßt sich auch eine relativ genaue Datierung seiner Entstehung vornehmen. Bereits seit Anfang Juli 1945 unterrichtete Werner Lang als Wirtschaftskammer-Präsident den Präsidenten der LVS, Friedrichs, in kurzen Abständen über die Anzahl der der Kammer bekannt gewordenen Demontagen. In der ersten entsprechenden Mitteilung an Friedrichs vom

---

[42] Die über Lang verfügbaren biographischen Angaben sind äußerst spärlich; Fritz Selbmann hat mitgeteilt, Lang sei Jude und „Genosse" gewesen (vgl. SAPMO-BArch Sg Y 30/1098/1, Bl. 49). In den einschlägigen Nachschlagewerken ist Lang jedoch nicht zu finden.

[43] Vgl. SächsHStA LRS MfW Nr. 615, nicht paginiert.

[44] Vgl. SächsHStA LRS MfW Nr. 615, nicht paginiert.

07. Juli 1945 war die Rede von 39 bereits erfolgten Demontagen.[45] Im Anschluß daran stieg die Zahl der demontierten Betriebe sprunghaft an. Am 10. August 1945 meldete Lang bereits eine Gesamtzahl von 234 Demontagen, sein nächstes Schreiben an Friedrichs, datiert vom 24. August, bezifferte diese schon mit 382.[46] Es liegt demnach nahe, die Entstehung des hier untersuchten Dokuments etwa Mitte August 1945 anzunehmen. Die auf dem Aktendeckel vermerkte Datierung „1948" ist sicher unzutreffend.

Spricht also einiges für die Entstehung des Dokuments in der Wirtschaftskammer Sachsen – möglicherweise mit Kammer-Präsident Lang selbst als Autor – so ist zu fragen, wie es in den Partei-Aktenbestand gelangte, in dem es sich heute findet. Es ist, so läßt sich spekulieren, der Dresdner Landesleitung der KPD gezielt zugeleitet worden. Da Lang in Personalunion Staatssekretär im Wirtschaftsressort war, kannte er die geringe Aktivität des ihm vorgesetzten Ressortchefs Woldt sicherlich allzu gut. Auf ein wirksames, energisches Einschreiten Woldts gegen die Demontagen und ihre schwerwiegenden Folgen konnte er also kaum rechnen. Außerdem mußte jedem Zeitgenossen klar sein, daß es zu diesem Zeitpunkt auf deutscher Seite nur eine politische Kraft gab, von der überhaupt angenommen werden konnte, daß sie auf die Besatzungsmacht und deren Vorgehensweise irgendeinen Einfluß ausüben konnte: die KPD. Da in der Überschrift ausdrücklich auf die „Schaffung tragbarer Arbeitsbedingungen für die sächsische Arbeiterschaft" abgehoben wird, ist diese möglicherweise bewußt auf den Adressaten KPD zugeschnitten worden. Das Dokument sollte offenbar an das Selbstverständnis der Kommunisten als Arbeiterpartei appellieren.

*

Das Dokument

TEXTEDITION

[Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden: SED-Landesleitung, Abteilung Wirtschaft IV/A/2/5 Nr. A/626, Bl. 001-019. Kursiv gesetzte Passagen im Original unterstrichen. Offenkundige Schreibfehler wurden stillschweigend korrigiert, die Interpunktion unverändert beibehalten. Der Text wurde leicht gekürzt]

---

[45] Vgl. SächsHStA LRS MP Nr. 1380 – Film-Nr. K I 137, Aufn. 80–83.

[46] Vgl. SächsHStA LRS MP Nr. 1380 – Film-Nr. K I 137, Aufn. 122–126 bzw. Film-Nr. K I 138, Aufn. 21–26.

Grundvoraussetzungen für den Neuaufbau der sächsischen Wirtschaft und die Schaffung tragbarer Arbeitsbedingungen für die sächsische Arbeiterschaft

I. *Charakteristik der sächsischen Wirtschaft*

Eine Beurteilung der Aufbaubedingungen und Erfordernisse muß von den sächsischen Strukturverhältnissen ausgehen, die hauptsächlich durch drei Merkmale gekennzeichnet sind.

a) Schmale Agrarbasis und hoher Zuschußbedarf an Nahrungsgütern

Die Landwirtschaft beschäftigt in Sachsen nur etwa 8 % der Erwerbstätigen. Trotz intensivster Arbeit vermag sie den sächsischen Nahrungsbedarf nicht voll zu decken. Der Bedarf für 1 bis 2 Monate muß je nach Ernteausfall vielmehr laufend durch Zufuhren aus Überschußgebieten gesichert werden. Allein aus den benachbarten Provinzen Schlesien, Brandenburg, Provinz Sachsen und Thüringen bezog das Land Sachsen im Jahre 1934:

Kartoffeln	rund	165 000 to
Mehl- und Mühlenerzeugnisse	rund	75 000 to
Rinder	rund	44 000 Stück
Kälber	rund	58 000 Stück
Schweine	rund	172 000 Stück

daneben selbstverständlich auch Einfuhren aus den übrigen Reichsteilen, beispielsweise aus Ostpreußen im Jahre 1934 allein über 140 000 Stück Schweine.

b) *Hohe industrielle Intensität auf der Grundlage der Veredlungswirtschaft*

Wenn Sachsen trotz der schmalen Agrarbasis auf rund 15 000 qkm rund 5,2 Millionen Menschen, d.h. 347 Personen je qkm beherbergt, so ist das nur möglich aufgrund der intensiven Industrialisierung. Etwa drei Fünftel der sächsischen Bevölkerung sind zu Industrie und Handwerk zugehörig, ein weiteres Fünftel zu Handel und Verkehr. Wesenseigentümlichkeiten der sächsischen Industrie sind:

1) *Schmale Basis der Grundstoffindustrien*

Bergbau und Eisenschaffende Industrie beschäftigten 1939 nur etwa 4 % der industriell Beschäftigten. Das Gros der sächsischen Industriearbeiterschaft ist mithin in den Veredlungsindustrien tätig.

2) *Hoher Anteil der Verbrauchsgüterindustrie*

Etwa zwei Drittel der sächsischen Industrie stellt [sic] Erzeugnisse für den Verbrauchsgütersektor, also die Versorgung der breiten Bevölkerungsschichten dar[47]. Allein ein Viertel entfällt auf die Textilindustrie.

3) *Homogenität zwischen Verbrauchsgüter[-] und Produktionsgüterwirtschaft*

Wenn auch die Produktionsgüterindustrie eine gegenüber der Verbrauchsgüterwirtschaft geminderte Stellung einnimmt, so ist sie doch bedeutend und vor allem in ihrem Aufbau den Bedürfnissen der Verbrauchsgüterindustrie angepaßt. Das ermöglicht laufende Versorgung der Verbrauchsgüterwirtschaft mit neuen Produktionsmitteln, Ersatzteilen und Reparaturdiensten.

---

[47] Es soll vermutlich heißen „stellen [...] her."

c) *Industrielle Einfuhrabhängigkeit Sachsens*

Das Fehlen umfangreicher eigener Rohstoffgrundlagen und [das] Vorhandensein einer hochentwickelten Veredlungswirtschaft bedingt laufend erhebliche Zufuhren an industriellen Grund- und Halbstoffen. Beispielsweise deckt Sachsen nur etwa 30 % seines Holzbedarfes aus eigenen Forsten. Es ist in nahezu vollem Umfang auf Zufuhr bei Gießereikoks angewiesen, ebenso nahezu völlig abhängig von auswärtigen Zufuhren bei Drähten, Blechen, wichtigen Grundchemikalien, wie z.B. Soda. Diese Beispiele ließen sich in größtem Umfange vermehren.

II. *Grunderfordernisse für den Neuaufbau der sächsischen Wirtschaft*

a) *Wiederingangsetzung des innerdeutschen Güterverkehrs*

Hierfür bestehen 2 wesentliche Hinderungsgründe.
1) Die Demarkationslinie zwischen sowjetisch und nicht-sowjetisch besetzter Zone wirkt noch als Sperrlinie. Damit ist Sachsen von wichtigsten Zufuhrgebieten noch völlig abgeschlossen, beispielsweise in der Drahtversorgung wie auch anderen Erzeugnissen der westdeutschen Eisenschaffenden Industrien.
2) Innerhalb der sowjetischen Zone wird ein freier Güterverkehr immer noch stark dadurch behindert, daß in kleinsten Bezirken sowohl seitens der Verwaltungsbehörden als auch der örtlichen Kommandanturen ein Kompensationszwang ausgeübt, d. h. die Herausgabe von Ware von Gegenlieferungen abhängig gemacht wird. Das Festhalten am Tauschprinzip muß allmählich zur wirtschaftlichen Erstarrung führen, in erster Linie in Kreisen, die nicht selbstgenügsam sein können.

b) *Erhaltung eines Mindestumfangs an Grundstoff- und Produktionsgütererzeugung*

Selbst wenn der Güterverkehr mit den übrigen Gebieten wieder freizügiger wird, muß Sachsen ein Mindestumfang in der Erzeugung von Roh- und Halbstoffen erhalten bleiben. Dafür spricht schon die Einsparung an Transportraum. Würde man beispielsweise Sachsen durch Totalabbau seiner Eisenschaffenden Industrie zu Einfuhren zwingen, so würde dadurch der Güterverkehr auf weite Entfernungen mit erheblichen Mengen zusätzlich belastet werden.

c) *Organische Entwicklung des Betriebsabbaues*

Sprechen schon die Transporterfordernisse dafür, den Betriebsabbau den gegebenen Strukturverhältnissen anzupassen, so ist eine gleiche Einstellung auch in Bezug auf die Produktionssicherung im Querschnitt erforderlich. Das Herausbrechen einzelner Schlüsselbetriebe aus der Stufenfolge der Produktion muß nicht nur zu erneuter Transportbelastung und Einfuhrabhängigkeit, sondern auch zu Lähmungserscheinungen in den darauf folgenden Produktionsstufen führen. Die Abbaumaßnahme muß also die Fernwirkungen berücksichtigen, denn das Herausbrechen eines einzelnen Betriebes aus dem Gesamtgefüge macht unter Umständen Zehntausende von Arbeitskräften brotlos.

d) *Anpassung der Wirtschaftsstruktur an die Erfordernisse des Wiederaufbaues der zerstörten Städte*

Die umfangreichen Luftkriegsschäden stellen an einzelne Industrien erhöhte Produktionsanforderungen, beispielsweise Flachglaserzeugung, Bauwirtschaft, Röhrenindustrie, Elektroindustrie. Den Wiederaufbaumaßnahmen kommt in Bezug auf die Beschäftigung der Menschen eine Schlüsselstellung zu. Eine zu weit gehende Lähmung der für den Wiederaufbau primär arbeitenden Wirtschafts-

zweige durch Abbaumaßnahmen behindert mithin den Wiederaufbau unmittelbar, d. h. auch die Schaffung erträglicher Lebensbedingungen für die Bevölkerung.

III. *Der Einfluß des Betriebsabbaues auf die Wiederaufbaumöglichkeiten*

a) *Erfordernis der Planmäßigkeit*

Die Anpassung der sächsischen Wirtschafts-Struktur an die Grundforderungen der alliierten Mächte, an die Bedürfnisse des Wiederaufbaues und die Notwendigkeit der Sicherung einer breiten Existenzgrundlage für die sächsische Bevölkerung erheischt eine planvolle Steuerung der Wirtschaft in Bezug auf Produktion und Absatz. Für diese Planmäßigkeit fehlen jetzt die Grundvoraussetzungen, weil kein Überblick besteht, welchen Umfang die Abbaumaßnahmen annehmen und nach welcher fachlichen Richtung sie sich im einzelnen bewegen. Dadurch wird auch die Beurteilung des einzelnen Abbaufalles erschwert. Es müßte angestrebt werden, daß für die einzelnen Fachgebiete die Abbau-Planungen rechtzeitig bekanntgegeben werden, um beurteilen zu können, welcher Mindestumfang an Produktion erhalten bleiben muß. Der seitens der Landesverwaltung Sachsen bereits geäußerte Wunsch einer Abbauliste ist daher erneut zu unterstreichen.

b) *Berücksichtigung der Produktionsstufen-Folge*

Neben der Notwendigkeit einer Überprüfung des Abbaues für die einzelnen Fachgebiete muß das Erfordernis einer Harmonie der Produktionsstufen berücksichtigt werden, d. h. es bedarf im Einzelfalle wie schon angedeutet einer Überprüfung, ob und inwieweit die zum Abbau vorgesehenen Betriebe für noch folgende Produktionsstufen Schlüsselstellung haben (Sicherung des Produktionsquerschnittes).

c) *Sicherung der Ausfuhrfähigkeit Sachsens*

Angesichts des hohen Zuschußbedarfes Sachsens an Nahrungsgütern, industriellen Roh- und Hilfsstoffen muß beim Betriebsabbau Rücksicht darauf genommen werden, daß Sachsen die erforderlichen Zuschüsse nur durch Veredlungsarbeit bezahlen kann. Eine zu starke industrielle Produktionsschrumpfung durch anorganischen Abbau mindert die Ausfuhrfähigkeit, erschwert also die Bezahlung des Zuschußbedarfes.

d) *Standortliche Rücksichtnahme*

Das derzeitige Abbauverfahren hat den Nachteil, daß es auf die standortlichen Verhältnisse und die verbleibenden örtlichen Beschäftigungsmöglichkeiten zu wenig Rücksicht nimmt. So werden beispielsweise durch den Abbau betroffen in Freital rund drei Viertel der Bevölkerung, in Sebnitz durch den Abbau der Papierfabrik etwa die Hälfte der Bevölkerung.

Schwerwiegend sind auch die standortlichen Folgen des Abbaues in Glashütte, wo eine Industrieschrumpfung durch die Abbaumaßnahmen ebenfalls im Umfange von etwa drei Vierteln eintritt, abgesehen davon, daß hiervon wichtige und nahezu einzigartige Spezialbetriebe der feinmechanischen und optischen Industrie (Meßwerkzeuge, Tachometer, Rechenmaschinen, Registrierkassen) betroffen werden. Ein typisches Beispiel dafür, daß der Abbau eines kleinen Betriebes für einen größeren Bezirk verhängnisvoll wirken kann, ist der Abbau des *Sägewerkes Bienenmühle Heinrich Biermann, Rechenberg-Bienenmühle*. Dieser Betrieb ist für die Schnittholzversorgung der umfangreichen Holzverarbeitenden Industrie des östlichen Erzgebirges von ausschlaggebender Bedeutung. Am Ort allein sind zur Zeit bereits 500 Arbeitskräfte brotlos.

IV. *Einzelmaßnahmen des Betriebsabbaues als Beispiele für die Behinderung des Neu- und Wiederaufbaues*

Soweit bisher bekannt geworden, übersteigt die Zahl der zum Abbau vorgesehenen Betriebe bereits erheblich die Zahl von 300 allein im Bundesland Sachsen. Wenn im folgenden aus dieser Zahl nur Einzelbeispiele hervorgehoben werden, dann soll dies keine mindere Bewertung der nicht berücksichtigten Fälle bedeuten, sondern lediglich der Zweckbestimmung dienen, zu zeigen, daß das jetzige Programm und Verfahren verhängnisvolle Wirkungen und empfindliche Lähmungen im Wirtschaftsablauf hervorrufen muß. Allein mit den nachstehend behandelten Beispielen ist die Existenz Hunderttausender Menschen verbunden, ohne daß damit die letzte Wirkung der Maßnahme erfaßt wäre.

a) *Eisen- und Metallverarbeitende Industrie*

1) *Roh- und Hilfsstofferzeugung*

Mit dem Abbau der *Staatlichen Hütten- und Blaufarbenwerke, Freiberg*, verliert nicht nur Sachsen, sondern die gesamte sowjetische Besatzungszone ihren einzigen Metallerzeugenden Hüttenbetrieb, insbesondere für Bleierzeugung. Das Fehlen von Bleirohren für Wasserleitungszwecke, von Blei für Kabelindustrie und Akkumulatorenindustrie muß schwerwiegendste Wirkungen für den Wiederaufbau zerstörter Städte und Industrien haben. Die durch den Abbau mitbetroffenen Anlagen zur Gewinnung chemischer Grundstoffe, wie Schwefelsäure, Flußsäure und Kupfervitriol führen zu schwerwiegenden Engpaßerscheinungen für wichtige Abnehmerindustrien, so Zellwolleindustrie und Industrie der Pflanzenschädlings-Bekämpfungsmittel.

Mitteldeutsche Stahlwerke G.m.b.H. Riesa. Einziges sächsisches Eisenwalzwerk für Baueisen und Röhren. Entscheidende Bedeutung für die Wiederherstellung des Kanalisationsnetzes der zerstörten sächsischen Großstädte, die Belieferung der Landmaschinen- und Waggonindustrie sowie der Ausbesserungswerkstätten für Waggons und Lokomotiven mit Walzmaterial. Totalabbau lähmt also entscheidend den gemeindlichen Wiederaufbau sowie die Reparatur von Verkehrsmitteln und Landmaschinen.

Sächsische Gußstahlwerke Döhlen A.G., Freital. Einziges Werk Sachsens für Qualitäts- und Edelstahl und einziges Schienenwalzwerk. Totalabbau lähmt die Weiterverarbeitung in vollem Umfange. In den vorgenannten drei Fällen spricht für die Erhaltung einer Produktionszelle neben dem wirtschafts- und sozialpolitischen Erfordernis auch der Gesichtspunkt der Transportbelastung, weil im Falle des Abbaues Zufuhren erheblicher Mengen über größere Entfernungen erforderlich würden.

2) *Hilfsstoffe*

Für das gesamte Gebiet der Eisenverarbeitung und –anwendung ist Sauerstoff von entscheidender Bedeutung. Soweit bisher bekannt, sind zum Abbau vorgesehen

Vereinigte Sauerstoffwerke, Dresden, und
Wasser- und Sauerstoffwerk Chemnitz, Chemnitz i. Sa.

Sofern die verbleibenden Werke in Schwarzenberg, Plauen und Chemnitz-Rottluff erhalten bleiben, wäre eine für Sachsen ausreichende Kapazität gesichert. Das Leipziger Werk fällt für Sachsen in großem Umfange aus, weil es mit seinen Lieferungen an die Stelle des zerstörten Berliner Werkes tritt. Gleichwohl erscheint das Abbau-Programm unorganisch, weil die standortliche Verteilung der verbleiben-

den Kapazität nicht glücklich ist und erhebliche Transporte namentlich nach Ostsachsen erforderlich machen [sic]. Tragbarer wäre bei gleichem Umfange des Eingriffes seine anteilige standortliche Verteilung. Die Eisenverarbeitende Industrie ist, wie selbstverständlich auch andere Industrien und das Verkehrswesen entscheidend von der Schmierstoffversorgung abhängig. Die einzige deutsche Firma, die Voltolwerke, Freital, welche in der Lage ist, den differenzierten Schmierstoffbedarf für die zahlreichen Anwendungsgebiete zu decken, ist zum Abbau vorgesehen. Nicht absehbare Lähmungserscheinungen für weiteste Teile von Industrie und Verkehr sind zu befürchten, wenn Zellenerhaltung nicht durchgesetzt werden kann.

3) *Wichtige Zulieferung*

Die Armaturenindustrie ist namentlich in Bezug auf Gas-, Wasser-, Dampf- und Oelarmaturen von entscheidender Bedeutung für Gas- und Wasserversorgung sowie sämtliche Industrien, die mit gasförmigen oder flüssigen Mitteln arbeiten, ebenso für den gesamten Rohrleitungsbau. Von 8 Firmen dieses Gebietes ist bisher in Bezug auf 5 Firmen Totalabbau bekanntgeworden. Der verbleibende Rest ist nicht in der Lage, den großen Bedarf zu decken. Gas- und Wasserversorgung, Bergbau, Treibstoffherstellung, chemische Industrie, Lokomotiven- und sonstiger Fahrzeugbau müßten bei Durchführung der Maßnahmen stärkstens notleidend werden. In Bezug auf die Firmen

Staeding & Meysel, Niedersedlitz,
Buschbeck und Hebenstreit, Bischofswerda,
Roßweiner Metallwarenfabrik, Roßwein,
Gebrüder Müller, Freiberg,
Blanke-Armaturenfabrik, Dippoldiswalde

ist daher neben Erhaltung der Betriebe

Richard und Max Rost, Leipzig
Karl Hesse, Chemnitz und
Lindner & Co., Rabenstein,

Belassung von Produktionszellen anzustreben.

Die Schraubenversorgung, ohne die weiteste Produktionsgebiete gelähmt werden, wird durch den Abbau der Firma *Görldt & Co. Dresden und Reichsstädt*, beeinträchtigt. Verkehrswesen, Maschinenbau und orthopädische Industrie kämen in beträchtliche Schwierigkeiten der Versorgung.

Die Feilenversorgung in ausreichendem Umfange ist unerläßlich für fast das gesamte Gebiet der Eisen- und Metallverarbeitung, aber auch andere Zweige. Mit dem Abbau der Vereinigten Großenhain-Meißener Feilenfabriken, Großenhain, würde ein nicht tragbarer Einbruch erfolgen. Die Firma ist spezialisiert auf das Aufrauen stumpfer Feilen, welches bei dem Mangel an neuen Feilen ganz besondere Bedeutung hat.

Die Versorgung mit Getrieben und Zahnrädern wird in Dresden durch den Abbau der nach dem Luftangriff einzigen verbliebenen Zahnräderfabrik von *Kurt Münnich, Dresden*, völlig in Frage gestellt. Verkehrswesen, Versorgungsbetriebe, Ernährungs- und sonstige Industrien werden in ihrem Reparatur- und Erneuerungsbedarf damit entscheidend beeinträchtigt, ebenso der Kraftfahrzeug–, Traktoren- und Landmaschinenbau. Ähnliche Auswirkungen löst der Abbau der Firma *Heuer-Getriebewerk, Arnsdorf* für Glasfabriken, Mühlen, Bergbau und Schlossereien aus.

Bezüglich der Schleifmittelversorgung sind durch den Abbau der in ihrer Kapazität überragenden *Schleifscheibenfabrik Dresden-Reick* neben dem Abbau eines gleich-

artigen kleineren Betriebes (*Voß & Co., Freital*) schwerwiegende Rückwirkungen für die Eisen- und Metallverarbeitung, darüber hinaus auch andere Industriezweige, so die Werkstätten des Bergbaues, auch der Brikettindustrie usw. zu befürchten.

Die Herstellung von Lacken ist im Interesse des Schutzes von Eisen- und sonstigen Materialien gegen Korrosion heute mehr erforderlich als in Zeiten des Materialüberflusses. Der Abbau der wichtigsten drei Dresdner Betriebe

Vereinigte Lack- und Farbenfabriken, Coswig
Wilhelm Sühring, Dresden, und
Franz Pillnay G.m.b.H., Dresden N 6

macht die Erfüllung dieser Aufgabe unmöglich. Soweit die Herstellung von Speziallacken für Konservendosen, Marmeladeneimer, Milchkannen etc. durch den Abbau betroffen wird, sind nicht absehbare Schäden in der Ernährungswirtschaft zu befürchten.

b) *Textilindustrie*

Etwa ein Viertel der sächsischen Industrie entfällt auf die Textilindustrie. Schwerwiegende Eingriffe in diesem Sektor müssen daher für ganz Sachsen ganz besonders nachteilige Wirkungen zeitigen. Soweit im Augenblick zu übersehen, sind solche Wirkungen aus folgenden Gründen zu befürchten:

Die Unmöglichkeit einer ausreichenden Versorgung mit natürlichen Spinnstoffen zwingt zu erhöhter Anwendung von Kunstfaser. Die sächsische Zellwoll-Kapazität ist durch schwere Luftkriegsschäden stark beeinträchtigt. Umso bedenklicher ist es, daß gleichzeitig die sächsische Kunstseidenherstellung in vollem Umfange in Frage gestellt ist. Zum Abbau vorgesehen ist das *Werk Heidenau der Aschaffenburger Zellstoffwerke*, welches als einziges Werk Spezialzellstoff für Kunstseidengewinnung erzeugt. Hinzu kommt der Abbau des *Zellstoffwerkes der Firma Kübler & Niethammer, Gröditz*. Auch durch auswärtige Zufuhren sind diese Ausfälle nicht zu ersetzen, weil auch das einzige Kunstseidenwerk im mitteldeutschen Raum, die *Friedrich Küttner A.G., Pirna* abgebaut ist. Damit sind große Teile der sächsischen Textilindustrie, insbesondere die Feinstrumpfwirkerei und Trikotagenherstellung wie auch Teile der Kleiderstoffweberei in der künftigen Rohstoffversorgung völlig ungesichert. Wichtig ist, daß die Maschinen dieser Industrie, wie z. B. der Feinstrumpfwirkerei ausschließlich für Kunstseidenverarbeitung eingerichtet sind. Der Totalabbau betrifft mindestens 40 bis 50 000 sächsische Textilarbeiter, d. h. mit Angehörigen mindestens 100 bis 125 000 Menschen in ihrer Existenz.

Auch auf anderen Gebieten der Textilwirtschaft werden durch den Abbau Schlüsselbetriebe entfernt, an deren Produktion zahlreiche andere Betriebe hängen. Ohne die Produktion der *Zwirnerei Gebrüder Michalke, Schellenberg bei Flöha* ist insbesondere die Herstellung von Kinderstrümpfen und Socken mit ca. 10 000 Arbeitern nicht arbeitsfähig. Der Abbau der Firma *Georg Elster, Zittau*, stellt die Versorgung über 300 kleinerer und mittlerer Webereien in Ostsachsen bis ins Vogtland mit Schlichtketten in Frage, womit große Teile der Webereien notleidend werden.

Die zum Abbau vorgesehene Firma *Hermann Schubert, Textilwerke Zittau*, deckt etwa 80 % des Gesamtbedarfes der sächsischen Wirkerei- und Konfektionsbetriebe, sowie [der] Haushaltungen an Zwirn. Der Produktionsausfall bei Totalabbau wäre nicht überbrückbar, der Anlauf großer Teile der Spinnstoff- und Bekleidungswirtschaft in Frage gestellt.

Auch auf dem Gebiete des Maschinenbaues sind einige Betriebe betroffen, die für die Produktion der Textilindustrie entscheidende Bedeutung haben. Der Abbau

der *Roßweiner Maschinenfabrik A.G., Roßwein*, stellt die Versorgung der Textilindustrie mit Meßmaschinen verschiedenster Art in Frage. Ein Reparatur- und Ersatzteildienst an den allein in der sowjetisch besetzten Zone stehenden eintausend Maschinen der Roßweiner Firma wäre nicht mehr durchführbar. Die Firma *Carl Hamel A.G.*, Chemnitz, ist Schlüsselbetrieb für die gesamte Textilindustrie, insbesondere für Erzeugung von Zellwolle und Kunstseide. Sie ist der einzige Zwirnmaschinenhersteller Deutschlands, also für die Textilindustrie von entscheidender Bedeutung. Eine ähnliche Stellung hat die Firma *C. G. Haubold, Chemnitz*, im Bau von Textilveredlungsmaschinen neben der Firma *C. H. Weißbach*, Chemnitz. Der Abbau der Firma Schubert & Salzer, Chemnitz, trifft den bedeutendsten Hersteller von Wirk- und Strickmaschinen, stellt also die Ersatzteilversorgung der gesamten Wirkerei- und Strickerei-Industrie in Frage. Diese Industrie beschäftigt in Sachsen bei mehr als 80 % der Reichskapazität in normalen Zeiten mindestens 70 bis 80 000 Kräfte.

c) *Zulieferungsindustrie des Bergbaues*

Die geforderte Leistungssteigerung im Bergbau hat zur Voraussetzung, daß er mit den notwendigen Zulieferungen versehen wird. Nach dem bisherigen Stand der Abbaumaßnahmen sind jedoch empfindliche Versorgungsschwierigkeiten zu befürchten. Die Firma *Adler & Henzen, Coswig*, ist mit ihren Transportbändern für Kohlenbergbau und Baugewerbe ebenso unentbehrlich wie mit der Herstellung von Salzgewinnungsanlagen für den Betrieb der Salinen. Die zum Abbau vorgesehene *Firma Louis Hermann, Dresden, Zweigbetrieb Neukirch*, hat wesentliche Bedeutung für die Versorgung des Bergbaues, aber auch der Lebensmittelindustrie mit Sieben und Förderbändern. Ohne die Produktion der zum Abbau vorgesehenen Firma *Schindler & Grünewald, Meißen* sind Mangelerscheinungen in der Versorgung des Bergbaues, aber auch der Oel- und Benzinwerke, Elektrizitäts- und Gaswerke mit Turbinen und Ventilatoren zu befürchten. Die Deckung des Schießmittelbedarfs des Bergbaues wird durch den Abbau der Firma *Brückner & Zinke, Zündschnur*fabrik, Meißen, sowie der *Vereinigten Zünder- und Kabelwerke*, Meißen, welche Spezialzünder für den Bergbau erzeugt, in Frage gestellt. Für die Versorgung des Bergbaues, insbesondere der mitteldeutschen Braunkohlegruben mit Ersatzteilen für den Baggerbetrieb hat die Berliner Wagenachsenfabrik, Großenhain entscheidende Bedeutung.

d) *Industrien für die Elektrizitätsversorgung von Haushalt und Industrie*

Die Verteilung der erzeugten elektrischen Energie auf die Industrie- und Haushaltabnehmer erfordert einen ständigen Nachschub an Installations- und Leitungsmaterial. Die auf diesem Gebiet durch den Abbau eintretenden Produktionsausfälle müssen für die Zukunft in dieser Hinsicht schwerwiegende Bedenken auslösen. Mit der AEG, Annaberg, fällt der wichtigste Hersteller von Schaltern, Steckdosen, Steckern, Sicherungsmaterial, Schalt- und Zählertafeln aus. Auch fertigungsverwandte Betriebe, wie Max Schultz, Meißen, welche ebenfalls Installationsmaterial erzeugt [sic] und die Firma Ellinger & Geißler, Dorfhain, die in dieser Beziehung ebenfalls eine überragende Stellung einnimmt, sind zum Abbau vorgesehen, so daß für das gesamte Gebiet der Elektroinstallation empfindliche Mangelerscheinungen mit schwerwiegendsten Folgen für alle elektrizitätsverbrauchenden Kreise zu befürchten sind. Hinzu kommt, daß mit der Firma *J. Wilhelm Hoffmann, Radebeul*, der zur Zeit einzige Lieferant von Armaturen und Verbindungsmaterial zur Verlegung und Reparatur elektrischer Leitungen vom Abbau betroffen wird. Schließlich ist noch auf die nicht abzusehenden Folgen des Abbaues der Firma *Vereinigte Zün-*

der- und Kabelwerke, Meißen, als den zur Zeit maßgebenden Hersteller von Kabeln für Hoch- und Niederspannungsanlagen, sowie der Firma *Sachsenwerk Licht- und Kraft A.G.* aufmerksam zu machen, welche marktbeherrschend für Elektromotoren, Generatoren und Dynamos ist und nach dem Abbau von *Koch & Sterzel Dresden* für Transformatoren eine einzigartige Stellung im mitteldeutschen Raum inne hat.

e) *Industrien der Transportmittel*

Angesichts des stark abgewirtschafteten Zustandes des rollenden Materials der Eisenbahn ist eine wenn auch bescheidene Erneuerung neben der Reparatur unerläßlich. Die maßgeblichen Hersteller von Waggons

Wumag, Görlitz
Busch, Bautzen
Christoph & Unmack, Niesky

sind jedoch für den Abbau vorgesehen, wodurch neben der Erneuerung auch die Reparatur stärkstens beeinträchtigt wird.

Der Bau von neuen Kraftfahrzeugen kommt im vollem Umfange zum Erliegen, nachdem nunmehr für sämtliche Werke der *Auto-Union* in Chemnitz, Siegmar, Zschopau und Zwickau der Abbau als feststehend bezeichnet worden ist und die Firma *Hiller, Zittau* als Hersteller eines besonders leistungsfähigen Lastkraftwagens durch Abbau ebenfalls ausfällt. Darüberhinaus wird durch diese Maßnahmen der Ersatzteildienst und damit die Aufrechterhaltung eines Kraftfahrzeugverkehrs im Mindestumfange in Frage gestellt. Gleiches gilt für den Abbau so wichtiger Akkumulatorenfabriken, wie die Firma *Alfred Luscher, Dresden*, bei welcher es sich um die einzige nicht fliegergeschädigte Akkumulatorenfabrik von maßgeblicher Bedeutung im Dresdner Bezirk handelt.

Für den Straßenbahnbetrieb ist der Abbau des *Sachsenwerkes Niedersedlitz*, von verhängnisvoller Bedeutung wegen des Ausfalles an Neulieferung und Reparatur von Straßenbahnmotoren.

f) *Industrien des Haushaltsbedarfes*

Auch auf diesem Gebiet sind teilweise durch Betriebsabbau Produktionseinbrüche zu erwarten, welche die Versorgung von Haushaltungen und Gaststätten mit Geschirr und sonstigen Bedarfsartikeln weitgehend in Frage stellen. [...]

[Das Dokument listet im folgenden in der bisherigen Weise die Demontage bestimmter Firmen auf; die Konsequenzen für die privaten Haushalte seien gravierende Engpässe hinsichtlich der Versorgung mit Kachelöfen, Heiz- und Kochgeräten, Möbeln aller Art, Fußbodenmaterialien, Zündhölzern sowie Haus- und Küchengeräten.]

g) *Für den Wiederaufbau zerstörter Städte wichtige Industrien*

Der große Umfang der Luftkriegsschäden auf dem Gebiete des Wohnraumes erheischt gebieterisch den Schutz des durch Teilschäden gefährdeten Raumes. Hierzu sind vordringlich erforderlich ausreichende Versorgung mit Dachziegeln und Fensterglas. Soweit zur Zeit übersehbar, sind sämtliche Flachglashersteller im sächsischen Bereich zum Abbau vorgesehen bezw. ist der Abbau bereits eingeleitet oder durchgeführt. [...]

[Es folgt die Aufzählung einschlägiger Firmen]

Der völlige Ausfall dieser Kapazitäten macht die Behebung der umfangreichen Fensterschäden unmöglich, womit beim Eintreten kälterer Jahreszeit nicht zu übersehende gesundheitliche Nachteile für die Bevölkerung befürchtet werden müssen. [...]

[Von den weiterhin aufgelisteten Demontagen werden schwerwiegende Beeinträchtigungen bei der Herstellung so gut wie aller zur Beseitigung direkter Kriegsschäden an Gebäuden sowie dem Straßen- und Kanalisationsnetz erforderlicher Baumaterialien und Hilfsmittel erwartet.]

Damit ist das Aufbauprogramm Dresdens und anderer Städte in wichtigen Fällen in Frage gestellt.

h) *Sonstige Industrien*

[Wie bisher werden bereits demontierte oder zur Demontage vorgesehene Betriebe aufgezählt, deren Verlust die Versorgung mit Schreib- und Büromaterialien, Röntgen-Geräten, Desinfektions- und Schädlingsbekämpfungsmitteln, Medikamenten, Nahrungsmittelverpackungen, Geräten der Nahrungsmittelindustrie, Isolations- und Dichtungsmaterialien zur Reparatur von Fahrzeugen sowie Energie–, Heizungs- und Wasserversorgungsanlagen und schließlich die Schuh-Herstellung in Sachsen schwer beeinträchtigt.]

i) *Zusammenfassung*

Wie einleitend dargestellt, handelt es sich vorstehend nicht um eine erschöpfende, sondern nur beispielhafte Kennzeichnung der Wirkungen der Abbaumaßnahmen, die durch die immerhin schon sehr große Zahl der mehr als 300 betroffenen Betriebe keinesfalls ausreichend gekennzeichnet sind. Gerade die genannten Beispiele, die einzelne Betriebe oder Industriezweige mit Schlüsselstellung behandeln, lassen erkennen, daß die Maßnahmen in einer Weise auf den sächsischen Wirtschafts- und Volkskörper ausstrahlen, die zu empfindlichen Störungen führen muß. In voller Würdigung der Tatsache, daß der Betriebsabbau als ein Bestandteil der Wiedergutmachung grundsätzlich nicht zu diskutieren ist, drängt sich bei verständnisvoller Würdigung der Beispiele die Forderung auf, daß die Erhaltung von Betriebszellen mindestens in den Industrien bezw. Werken mit Schlüsselstellung unerläßlich ist und mit allen Mitteln angestrebt werden muß. Auch soweit der Abbau gemindert oder rückgängig gemacht werden sollte, hat er vorübergehend Produktionsausfälle zur Folge. Um Stockungen in den folgenden Produktions- und Verbrauchsstufen zu verhindern, ist des weiteren dringend geboten, daß die Bestände an Rohstoffen, Halb- und Fertigerzeugnissen den abzubauenden Betrieben wenn nicht voll so doch zu wesentlichen Teilen verbleiben.

*

III. Folgerungen aus der sowjetischen Demontagepolitik in Sachsen

Das vorliegende Dokument zeigt, wie genau man auf seiten der deutschen Verantwortlichen an den wirtschaftspolitischen Schaltstellen schon frühzeitig über die bereits eingetretenen und die noch zu erwartenden

Konsequenzen der massiven Demontagen im Bilde war. Informationen dieser Tragweite gelangten aus der Landesleitung der KPD in Dresden sicher zum Parteivorstand in Berlin einerseits, andererseits zweifellos auch zu Fritz Selbmann als verantwortlichem Ressortchef. Alle weiteren wirtschaftspolitischen Schritte hatten mit der Demontage-Problematik umzugehen. In welcher Weise die kommunistischen Funktionäre dies versuchten, wird im folgenden bis etwa zum Frühjahr 1946 skizziert werden. Dazu sind auch einige ergänzende Bemerkungen zu dem Dokument selbst erforderlich.

Die Datengrundlage des Dokuments bei der einleitenden „Charakteristik der sächsischen Wirtschaft" stammt offenkundig überwiegend aus der Zeit vor Beginn des Zweiten Weltkrieges. Das bedeutet, daß sie zum Teil als damals bereits überholt betrachtet werden muß. Neueres Material stand aber weder der Wirtschaftskammer Sachsen noch irgendeiner anderen Institution zur Verfügung. Selbst so grundlegende Informationen wie die zur Fläche und Bevölkerungszahl Sachsens waren korrekturbedürftig. Das der SMAS und damit auch der Landesverwaltung Sachsen unterstellte Gebiet war nämlich nicht identisch mit dem des früheren Freistaates Sachsen nach 1918, sondern hatte durch das Hinzukommen der westlich der Lausitzer Neiße gelegenen Teile der früheren preußischen Provinz Schlesien erheblichen Zuwachs erhalten. Das neue „Bundesland Sachsen" – so zunächst die offizielle Bezeichnung innerhalb der SBZ[48] – umfaßte damit rund 17 000 Quadratkilometer.[49] Von der wirtschaftlichen Struktur der hinzugekommenen Gebiete hatte man in der sächsischen Wirtschaftsverwaltung vorerst allenfalls eine vage Vorstellung. Ganz unklar war zu diesem Zeitpunkt auch, wieviele Menschen sich im Zuständigkeitsbereich der LVS aufhielten und zu versorgen waren. Zahllose Flüchtlinge, Vertriebene, ehemalige Häftlinge und Zwangsarbeiter des NS-Regimes waren ins Land geströmt und mußten mitversorgt werden. Nach einer späteren Erhebung hatte Sachsen im Herbst 1945 nicht 5,2 Millionen, sondern annähernd 5,4 Millionen Einwohner – bei ständigen weiteren massiven Verschiebungen.[50]

Auch die Angaben zur industriellen Grundstruktur Sachsens waren zum Teil veraltet, denn in Anbetracht der Tatsache, daß die zugrundeliegenden Daten vor 1939 erhoben worden waren, konnten sämtliche durch die Kriegswirtschaft im engeren Sinne bedingten Veränderungen nicht berücksichtigt werden. Diese waren aber gerade in der letzten Kriegsphase erheblich, als zahlreiche Betriebsverlegungen aus anderen Reichsteilen in das vermeintlich mit größerer „Luftsicherheit" ausgestattete Sachsen vorge-

---

48 Vgl. SächsHStA LRS MfW Nr. 83, Bl. 81.

49 Vgl. Welsh, Sachsen (wie Anm. 11), S. 126.

50 Vgl. SächsHStA LRS MfW Nr. 136, Bl. 17; nach der hier zugrundeliegenden Zählung des Landesarbeitsamtes wuchs die sächsische Bevölkerung ständig weiter an auf rund 5,775 Millionen Menschen im Oktober 1947.

nommen wurden – nicht selten auf Kosten von Unternehmen der in Sachsen so wichtigen Textilindustrie.[51] Es dauerte noch geraume Zeit, bis man in der Wirtschaftsverwaltung in Dresden Näheres über die kriegswirtschaftlich bedingten Strukturänderungen in der sächsischen Industrie wußte. Außerdem vergingen noch etliche Monate, bevor man im Wirtschaftsressort eine genauere Kenntnis vom Ausmaß der direkt kriegsbedingten Zerstörungen in den Industriebetrieben des Landes hatte.[52] Insgesamt waren jedenfalls die vorhandenen oder zu erwartenden Schwierigkeiten beim Wiederaufbau einer funktionierenden Industrieproduktion in Sachsen noch größer als in dem hier untersuchten Dokument angenommen.

Dessen Kernaussagen waren jedoch allemal richtig. Die industrielle Grundstruktur Sachsens änderte sich durch die Kriegswirtschaft nicht fundamental, so daß die in dem hier untersuchten Papier angeführten zentralen Probleme durchaus zutrafen. Das gilt insbesondere für die dort betonte ausgeprägte Zufuhrabhängigkeit der sächsischen Wirtschaft. Zu den „Grunderfordernissen für den Neuaufbau der sächsischen Wirtschaft" zählte also demnach ganz richtig die schnellstmögliche Beseitigung aller Behinderungen des lebenswichtigen „Importes" nach Sachsen aus anderen deutschen Regionen und des innersächsischen Güterverkehrs.

In der Wiederingangsetzung des Güterverkehrs nach und in Sachsen bestand also für die kommunistischen Verantwortlichen die eine Kardinalforderung aller weiteren konkreten wirtschaftspolitischen Schritte. Die zweite unabdingbare Notwendigkeit, auf welcher der Schwerpunkt des hier untersuchten Papiers liegt, war die Beeinflussung der sowjetischen Demontagepolitik wenigstens dahingehend, daß für die deutsche Wirtschaftsverwaltung eine gewisse Planbarkeit der weiterhin zu erwartenden Abbaumaßnahmen erreicht wurde und daß in den zahlreichen Fällen, in

---

[51] Vgl. Ulrich Hess, Rüstungs- und Kriegswirtschaft in Sachsen (1935–1945), in: Sachsen und Mitteldeutschland. Politische, wirtschaftliche und soziale Wandlungen im 20. Jahrhundert, hrsg. von Werner Bramke/Ulrich Hess, Weimar, Köln, Wien 1995, S. 73–91; bes. S. 85 ff. sowie Hess, Sachsens Industrie (wie Anm. 41), S. 53 ff.

[52] Nach einer von einer Expertenkommission vorgenommenen Zusammenstellung, die dem Wirtschaftsressort in Dresden im März 1946 vorlag, hatten insgesamt ca. 9.500 sächsische Betriebe direkte Kriegsschäden erlitten, allerdings in ganz unterschiedlichem Ausmaß. Außerdem erfaßte die Kommission lediglich Gebäudeschäden; vgl. SächsHStA LRS MfW Nr. 631, nicht paginiert. Vgl. auch Rainer Karlsch, Rekonstruktion und Strukturwandel in der sächsischen Industrie von 1945 bis Anfang der sechziger Jahre, in: Wirtschaft und Gesellschaft (wie Anm. 41), S. 89–132; S. 92. Karlsch schätzt hier den durch unmittelbare Kriegszerstörungen entstandenen Verlust an industrieller Produktionskapazität in Sachsen auf rund 15 % der Gesamtkapazität. Die zwischen 1936 und 1944 hinzugekommenen Kapazitäten waren deutlich größer. Frühere Angaben, die rund 40 % des Industriepotentials der SBZ als unmittelbar durch den Krieg vernichtet betrachteten (vgl. Rolf Badstübner, Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik, 4. Aufl., Berlin [Ost] 1989, S. 29) müssen demnach als deutlich überzogen angesehen werden.

denen innerhalb Sachsens oder sogar der gesamten SBZ nicht ersetzbare Produktionen betroffen waren, ein Minimum der vorhandenen Kapazität erhalten blieb. Die Autoren des untersuchten Papiers waren vorsichtig genug festzustellen, daß die Pflicht zur Wiedergutmachung gegenüber der Sowjetunion nicht diskutierbar sei, jedoch bei Form, Geschwindigkeit und möglicherweise auch beim Umfang der Demontagen mußten Zugeständnisse erreicht werden, um den ohnehin äußerst schwierigen Wiederaufbauprozess nicht von vornherein über Gebühr zu belasten. Eine Aussicht, diese Zugeständnisse zu erreichen, hatten aber wenn überhaupt jemand, dann nur die deutschen Kommunisten.

Die Demontagen stellten für die KPD von vornherein nicht nur ein ökonomisches Problem dar, sondern vor allem auch ein politisches. Die für jedermann unübersehbar in besonderer Weise mit der Besatzungsmacht liierten „Genossen" gerieten rasch in den Ruf der „Russenpartei". Ihre Bekundungen von der angeblich freundschaftlich gesonnenen, mit der Bereitschaft zur Hilfe beim Aufbau eines besseren Deutschland versehenen Sowjetunion waren schon durch die grauenvollen Vorgänge beim Einmarsch der Roten Armee, von denen natürlich auch Sachsen nicht verschont geblieben war[53], gegenüber weiten Teilen der Bevölkerung in eine Glaubwürdigkeitskrise geraten. Die massiven Demontagen, die praktisch zeitgleich mit dem Einzug der sowjetischen Truppen begonnen hatten[54], taten nun ein Übriges, um das Bild der „Freunde" in Frage zu stellen. Beispielhaft mag der aufmerksame Beobachter Victor Klemperer angeführt werden, der die Vorgänge in Dresden miterlebte und der nach seinen Leidensjahren unter dem NS-Regime den neuen Machthabern zunächst durchaus positiv gegenüberstand. Klemperer notierte jedoch bereits Ende Juni 1945: „Die Russen als Sieger, die Unsicherheit der Zustände: sie verkleinern Hirschfelde [eines der wichtigsten sächsischen Kraftwerke], es fehlt Stunden über Stunden an Strom, sie bauen das Sachsenwerk aus, Koch & Sterzel usw. usw. Fabrik auf Fabrik wandert nach Polen und Rußland. Auch die Linkesten beginnen ängstlich zu werden."[55]

Zu diesem Zeitpunkt hatte die erste große Demontagewelle aber gerade erst begonnen. Neben der Beunruhigung, die sich auch bei den „Linkesten" nach Klemperers Beobachtungen rasch einstellte, richtete sich sogleich auch großes Mißtrauen gegen die kommunistischen Funktionäre, die beim Neuaufbau der Verwaltung wichtige Positionen übernahmen. Klemperer hielt in seinem Tagebuch dazu fest: „[...] überall spüre ich die gleiche bürgerliche Abneigung gegen die ungelernten Arbeiter und Radi-

---

[53] Vgl. Naimark, Russians (wie Anm. 2), S. 69 ff.

[54] Vgl. Rainer Karlsch, Allein bezahlt? Die Reparationsleistungen der SBZ/DDR 1945–1953, Berlin 1993, S. 55 ff.

[55] Vgl. Victor Klemperer, Und so ist alles schwankend. Tagebücher Juni bis Dezember 1945, 2. Aufl., Berlin 1996, S. 36.

kalinskys der KPD in den verschiedenen Ämtern. Und dazu kommt jetzt – auch bei den KPD-Arbeitern selber – die Angst vor der gänzlichen Auspowerung durch die Russen, die alles Vieh und alle Maschinen fortschleppen. Was wird?"[56]

Diese Frage hatte sich in besonderer Weise der kommunistische Chef des Dresdner Wirtschaftsressorts zu stellen. Einerseits mußte sich Fritz Selbmann in die Pflicht genommen fühlen zu beweisen, daß ein kommunistischer Funktionär durchaus in der Lage war, sachgerecht und erfolgreich praktische Wirtschaftspolitik zu machen, um den offenkundig in der Bevölkerung vorhandenen Vorbehalten zu begegnen. Andererseits hatte er mit diesem Amt auch den von der Besatzungsmacht erteilten Auftrag übernommen, die sächsische Industrieproduktion so rasch als möglich wieder auf größtmögliche Leistung zu bringen. Schon unmittelbar nach der Besetzung Dresdens hatte der sowjetische Stadtkommandant angeordnet, daß sämtliche Betriebe ihre Arbeit fortzusetzen hätten.[57] Am 21. Juli 1945 folgte dann seitens der inzwischen gebildeten Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) der für die gesamte SBZ gültige Befehl Nr. 9. Dieser ordnete „zwecks Entfaltungsbeschleunigung der Wirtschafts- und Industriebetriebe" kategorisch an, daß eine ganze Reihe wichtiger Grundstoff- und Energieproduktionen, aber auch Betriebe der Gebrauchsgüter-, Textil- und Schuhindustrie sowie der Baumaterialienherstellung, schließlich sämtliche Reparaturbetriebe für Verkehrsmittel aller Art bis zum 15. August ihre Arbeit wiederaufzunehmen hätten. Ferner sollte mit der Erfassung der vorhandenen Roh- und Brennstoffe begonnen werden, außerdem wurde der Wirtschaftsverwaltung der Auftrag erteilt, „das Projekt eines Produktionsplanes für das 4. Quartal 1945" in Angriff zu nehmen. Schließlich endete der Befehl mit der Drohung, daß „die Personen, die nicht erfüllen, streng zur Verantwortung" gezogen würden.[58]

Auf den ersten Blick ist zu sehen, daß die in dem oben wiedergegebenen Dokument beschriebene sowjetische Demontagepraxis und SMAD-Befehl Nr. 9 in Widerspruch zueinander standen. Gerade die Produktionsbereiche, die wieder in Gang gesetzt werden sollten, waren in besonderer Weise von Abbaumaßnahmen betroffen. Außerdem mußte klar sein, daß der in Befehl Nr. 9 angeordnete Beginn einer umfassenden Wirtschaftsplanung in hohem Maße davon abhängig war, daß die in dem Dokument geforderte „Planmäßigkeit", also Berechenbarkeit der weiteren Demontagen für die deutsche Wirtschaftsverwaltung tatsächlich erreicht wurde. Denn zum damaligen Zeitpunkt hatte man im gerade im Neuaufbau befindlichen Dresdner Wirtschaftsressort ohnehin nur sehr ungenaue Vorstellungen davon, welche Produktionskapazitäten in den unterschiedlichen industriellen

---

[56] Ebenda, S. 37.
[57] Vgl. Wehner/Gräfe, Befreiung (wie Anm. 3), S. 23.
[58] Vgl. SächsHStA LRS MfW Nr. 618, Bl. 70 f.

Branchen Sachsens gegenwärtig vorhanden waren. Es war immerhin damit begonnen worden, Erhebungen darüber vorzunehmen[59], diese wurden aber sofort entwertet, wenn die laufenden und zukünftigen Demontagen nicht wenigstens kalkulierbar gemacht wurden.

Das allgemeine Nachkriegschaos, vereint mit der Widersprüchlichkeit der Maßnahmen der Besatzungsmacht bedingte indessen, daß die termingerechte Umsetzung von Befehl Nr. 9 nicht nur in Sachsen ausblieb. Die Reaktion der SMAD bestand darin, daß sie nicht etwa den Befehlsinhalt daraufhin überprüfte, ob er der realen Sachlage überhaupt angemessen war, sondern darin, daß sie den Druck auf die neu eingerichteten deutschen Wirtschaftsverwaltungen erhöhte. SMAD-Befehl Nr. 43 vom 28. August 1945 warf letzteren schwere Versäumnisse vor, beharrte auf der Ausführung von Befehl Nr. 9 und verlangte zur „Beschleunigung der Wiederingangsetzung der Industrie" sämtliche dem entgegenstehenden Hindernisse zu beseitigen. Den auf deutscher Seite Verantwortlichen wurde auferlegt, „für jeden einzelnen Betrieb die kürzeste Frist zur Wiederaufnahme der Arbeit festzusetzen."[60] Die Widersprüche in der sowjetischen Befehlsgebung wurden also mit Befehl Nr. 43 noch verschärft; die deutsche Wirtschaftsverwaltung kannte gar nicht die Anzahl der vorhandenen Industriebetriebe, wie hätte sie also „für jeden einzelnen" davon die „kürzeste Frist" zum Wiederanlauf festsetzen sollen? Und hätte man im Wirtschaftsressort zu diesem Zeitpunkt tatsächlich gewußt, welche Betriebe in Sachsen von den Befehlen Nr. 9 und Nr. 43 insgesamt betroffen waren, so wäre dieser Kenntnisstand täglich überholt worden durch die laufenden Demontagen, über die man überhaupt keinen Überblick hatte. Das Problem der Demontagen aber wurde in den beiden genannten Befehlen nicht einmal erwähnt.

Möglicherweise war Richard Woldt, der sich als erster Vizepräsident für Wirtschaft und Arbeit der LVS dieser Befehlslage gegenüber gesehen hatte, einigermaßen froh, durch seine Ablösung aus einer gewiß nicht angenehmen Situation befreit zu werden. Für seinen kommunistischen Nachfolger Selbmann stellte sich diese allerdings nicht anders dar. Nach Lage der Dinge mußte für Selbmann der Ansprechpartner für die Schaffung der Voraussetzungen zur tatsächlichen Realisierbarkeit der Befehle Nr. 9 und Nr. 43 die SMAS sein, genauer deren Wirtschaftsabteilung. Allein deren Bereitschaft zu Kompromiß und Entgegenkommen war auch gegenüber dem kommunistischen Wirtschaftsressortchef nur äußerst gering. Selbmann hat noch beinahe 20 Jahre später heftig Klage geführt über den durchaus nicht freundschaftlichen Umgang, den Oberst Blochin, der erste Chef der Wirtschaftsabteilung der SMAS, mit ihm pflegte. In seinen unveröffentlichten, während der Existenz der DDR der Verschwiegenheit des Zentralen Par-

---

[59] Vgl. SächsHStA LRS MP Nr. 1382 – Film-Nr. K I 138, Aufn. 187.
[60] Vgl. SächsHStA LRS MfW Nr. 618, Bl. 72a.

teiarchivs der SED anvertrauten Erinnerungen an seine Tätigkeit in Sachsen in der ersten Nachkriegszeit beklagte Selbmann, er habe mit Blochin „sehr oft ernsthafte Differenzen" gehabt. Der Oberst habe es lange nicht vermocht, sich von der „Mentalität eines in Feindesland einmarschierten Frontsoldaten" zu lösen. Als Selbmann an Blochin appellierte, „sich als Kommunist in unsere Lage zu versetzen", pochte dieser auf das „Recht des Okkupanten" und drohte Selbmann ansonsten schlicht mit Bestrafung im Falle der Nichtbefolgung von SMA-Befehlen.[61]

In Sachen der Demontagen zeigte sich im Herbst 1945 jedoch der Blochin in der SMAS vorgesetzte Generalmajor Dubrowski einsichtig. Nach einer entsprechenden Intervention von LVS-Präsident Friedrichs – möglicherweise im Zusammenhang mit dem hier vorgelegten Dokument und sicher in Abstimmung mit Fritz Selbmann – sagte Dubrowski Friedrichs zu, daß die Landesverwaltung „demnächst" eine Liste der weiterhin zu erwartenden Demontagen erhalten werde. Friedrichs folgerte daraus mit Zuversicht, daß die LVS dadurch in die Lage versetzt werden würde, „den Aufbau der Wirtschaft für die Zukunft zu planen."[62]

Allerdings erfolgte dieses Zugeständnis seitens der SMAS, ohne daß sie in der Lage gewesen wäre, für seine Realisierung zu sorgen, denn die in Sachsen aktiven Demontagetrupps unterstanden ihr gar nicht. Und auch die SMAD als Spitze der sowjetischen Besatzungsverwaltung in Deutschland hatte keine Kontrolle über deren Tätigkeit. Vielmehr operierte in der ganzen SBZ seit Beginn der Besetzung eine Vielzahl von Demontage-Kommandos, die direkt unterschiedlichen Moskauer Ministerien unterstellt waren, gegenüber denen die SMAD unter Marschall Shukow aber keine Weisungsbefugnis hatte. Erst im Laufe des Jahres 1946 gelang es der Besatzungsverwaltung schrittweise, die Demontage-Trupps unter ihre Kontrolle zu bringen.[63]

Nachdem schon seit dem Sommer 1945 Vertreter aller in der SBZ zugelassenen Parteien und vielfach auch betroffene Belegschaften meist ohne jeden Erfolg versucht hatten, bei der Besatzungsmacht wenigstens eine Reduzierung der Demontagen zu erreichen[64], trug Ulbricht Anfang Februar 1946 in Moskau Stalin persönlich die Bitte der KPD-Führung nach einer baldigen Beendigung der Demontagen vor.[65] Die Intervention der deutschen Kommunisten blieb vergeblich – so wie ähnliche spätere Schritte auch. Die letzten größeren Demontagen in der SBZ wurden im Frühjahr 1948 vorgenommen.[66]

---

[61] Vgl. SAPMO-BArch Sg Y 30/1098/1, Bl. 102 f.

[62] Vgl. SächsHStA LRS MP Nr. 1372 – Film-Nr. K I 137, Aufn. 109.

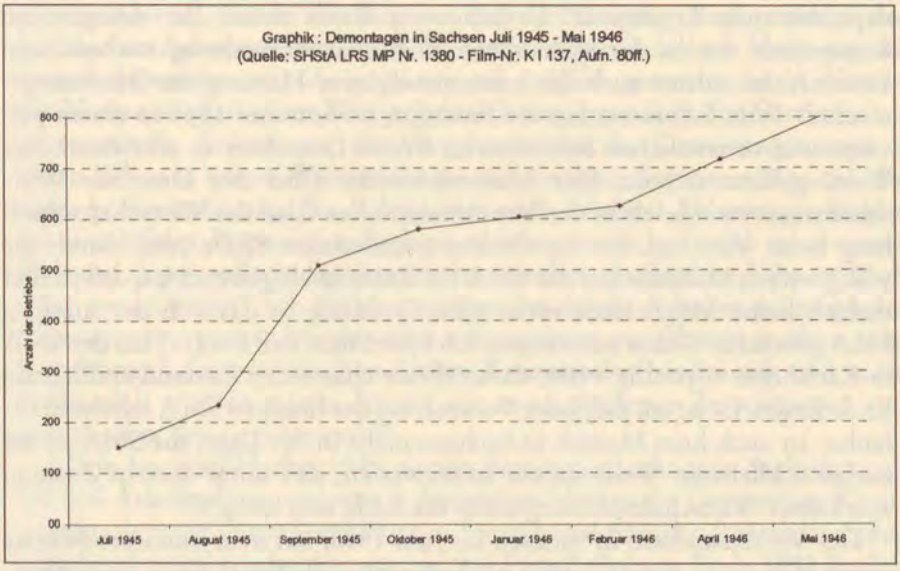
[63] Vgl. Karlsch, Allein bezahlt? (wie Anm. 54), S. 47 ff. u. S. 60 ff.

[64] Vgl. ebenda, S. 66 ff.

[65] Vgl. Wilhelm Pieck – Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945–1953, hrsg. von Rolf Badstübner/ Wilfried Loth, Berlin 1994, S. 68.

[66] Vgl. Karlsch, Allein bezahlt? (wie Anm. 54), S. 81 ff.

Unterdessen übertraf die Zahl der allein in Sachsen durchgeführten Demontagen mit atemberaubender Geschwindigkeit alle Befürchtungen, die man auf deutscher Seite zuvor gehegt hatte. Im Frühsommer 1946, rund ein Jahr nach der Entstehung des hier vorgestellten Dokuments, waren in Sachsen über 800 Betriebe demontiert.[67] Einen Eindruck von der Entwicklung der Demontagen in Sachsen bis dahin[68] vermittelt die folgende Graphik:



Blieb also die eine wesentliche Forderung des hier untersuchten Papiers monatelang unberücksichtigt – erst im April 1946 erhielt die LVS erstmals eine Zusammenstellung von sächsischen Industriebetrieben, die noch der Demontage unterliegen sollten[69], welche aber keineswegs vollständig war – so wurde auch die zweite entscheidende Forderung nicht erfüllt. Die gravierenden Behinderungen des Güterverkehrs innerhalb Sachsens und über dessen Grenzen hinaus, für die die Besatzungsmacht direkt oder indirekt verantwortlich war, blieben ein langfristig für die Wirtschaftsverwaltung ungelöstes Problem. Es gelang nicht nur lange nicht, die eigenmächtigen Eingriffe örtlicher Kommandanten der SMA in Wirtschaftsabläufe und den Handelsaustausch abzustellen, die Besatzungsmacht ver-

---

67 Vgl. SächsHStA LRS MP Nr. 1380 – Film-Nr. K I 137, Aufn. 100–103.

68 Die Gesamtzahl der zwischen 1945 und 1948 in Sachsen demontierten Betriebe hat Karlsch, Rekonstruktion(wie Anm. 52), S. 92, auf fast 1.000 geschätzt; zum Gesamtumfang der Demontagen in der ganzen SBZ vgl. Karlsch, Allein bezahlt? (wie Anm. 54), S. 84 ff.

69 Vgl. SächsHStA LRS MP Nr. 1380 – Film-Nr. K I 137, Aufn. 74 ff.

schlechterte darüber hinaus die ohnehin desolaten Verkehrsverhältnisse permanent.[70]

Für Fritz Selbmann als Wirtschaftsressortchef und seine Partei, die KPD, bedeutete dies, daß, zusätzlich bedingt durch zahlreiche weitere Probleme, die wirtschaftspolitischen Ansätze im ersten Jahr ihrer von der Besatzungsmacht gestützten Herrschaft weitgehend ohne Erfolg blieben. Die ersten Schritte zur Wirtschaftsplanung, die von der Besatzungsmacht befohlen war und für die Selbmann verantwortlich zeichnete, erbrachten deprimierende Ergebnisse. Ursache war dafür neben der mangelnden Kompetenz der in der sächsischen Wirtschaftsverwaltung vorhandenen Kräfte nicht zuletzt auch die kontraproduktive Haltung der Besatzungsmacht.[71] Fritz Selbmann hat die Situation im Sommer 1946 in einem privaten und vertraulichen Schreiben an Bruno Leuschner in sehr deutlicher Weise gekennzeichnet. Der kommunistische Chef des Dresdner Wirtschaftsressorts schrieb an den kommunistischen Chef der Wirtschaftsabteilung beim Vorstand der inzwischen gegründeten SED, „daß durch die völlig wirren Maßnahmen der SMA ein Zustand eingetreten ist, daß es hier einfach keine Möglichkeit mehr gibt, Ordnung in das von der hiesigen SMA gebrachte Chaos zu bringen. Ich bitte Dich, daß Du [...] bei der SMA in Karlshorst vorstellig wirst, damit dieser chaotische Zustand endlich ein Ende findet. Es ist so, daß jeder Versuch bei der hiesigen SMA scheitert; offenbar ist auch kein Mensch in Sachsen mehr in der Lage, die SMA in der nachdrücklichsten Weise darauf hinzuweisen, daß unter diesem Zustand von keiner Wirtschaftsplanung mehr die Rede sein kann."[72]

Der Volksentscheid in Sachsen im Juni 1946, mit dem umfassende erste Enteignungen in der Industrie Sachsens eine vordergründige demokratische Legitimation erhielten, fand bereits unter dem Vorzeichen eines weitgehenden Stimmungstiefs in der Bevölkerung statt. Dieses war ganz wesentlich durch die ökonomische Nachkriegsmisere bedingt[73], hinsichtlich der gravierenden Versorgungsmängel zeichnete sich keine Besserung ab.

Fritz Große, ein in der sächsischen SED-Landesleitung tätiger kommunistischer Funktionär, sandte kurz nach dem Volksentscheid einen ungeschminkten Bericht über die Lage in Sachsen direkt nach Moskau. Einer-

---

[70] Durch Demontagen und Beschlagnahmungen verlor beispielsweise allein die Reichsbahndirektion Dresden etwa ein Drittel ihres Schienennetzes und jeweils rund die Hälfte des nach Kriegsende noch vorhandenen Bestandes an Lokomotiven und Waggons; vgl. Karlsch, Rekonstruktion(wie Anm. 52), S. 93.

[71] Vgl. Winfrid Halder, Fritz Selbmann und der Beginn der Wirtschaftsplanung in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949, in: Modell Sowjetunion, hrsg. von Jürgen Schneider/ Ulrich Kluge [im Druck]

[72] SAPMO-BArch NY 4113/16, Bl. 117.

[73] Vgl. Winfrid Halder, „Prüfstein ... für die politische Lauterkeit der Führenden". Der Volksentscheid zur Enteignung der „Kriegs- und Naziverbrecher" in Sachsen im Juni 1946, in: Geschichte und Gesellschaft 25 (1999), H. 4, S. 589–612.

seits wies er darin auf bisher schon eingetretene ökonomische Folgen der Demontagen hin. So war zum Beispiel – wie im hier vorgestellten Dokument befürchtet – die komplette sächsische Kapazität zur Herstellung von Walzwerkserzeugnissen mittlerweile tatsächlich abgebaut. Daraus folgte, daß die gesamte sächsische Metallindustrie, die solche Produkte benötigte, zu 100 Prozent von Zufuhren aus den Westzonen abhängig geworden war. Die fortgesetzten Demontagen besonders im Eisenbahnbereich hatten die desolate Lage im Transportsektor noch erheblich verschärft.[74] Als noch gravierender sah Große allerdings an, daß die Stimmungslage gerade in der sächsischen Arbeiterschaft durch die Demontagen in hohem Maße negativ beeinflußt worden war. Zwar sei es noch möglich gewesen, den Arbeitern die Notwendigkeit einer Wiedergutmachung gegenüber der Sowjetunion zu vermitteln. Jedoch war die Vorgehensweise der Demontagetrupps in vielen Fällen in keiner Weise mehr zu rechtfertigen. So waren Betriebe, die unter größtem Einsatz der Belegschaft nach erfolgter Demontage wieder auf eine Minimalkapazität aufgebaut worden waren, teilweise ein weiteres Mal und dann vollständig demontiert worden. Außerdem habe es auch „eine ganze Reihe" von Fällen gegeben, bei denen Arbeiter während des Demontagevorgangs, den sie selbst zwangsweise vornehmen mußten, von Angehörigen der sowjetischen Abbau-Kommandos beschimpft und sogar mißhandelt worden waren. Ferner war es zu sinnlosen Zerstörungen von sowjetischer Seite gekommen.[75]

Allein bis zum Herbst 1945 gingen demontagebedingt in Sachsen rund 135 000 Arbeitsplätze verloren.[76] Außerdem blieben die Demontage-Kommandos den von ihnen beschäftigten deutschen Arbeitskräften vielfach den zustehenden Lohn schuldig, was sie, wie Fritz Selbmann Ende 1945 Rudolf Friedrichs mitteilte, nicht selten in „bitterste Not" geraten ließ. Die LVS ordnete an, daß die jeweiligen Wohngemeinden die ausgebliebenen Löhne einstweilen vorschießen sollten, wobei nicht klar war, ob das überhaupt möglich sein würde, handelte es sich doch örtlich gelegentlich um Gesamtbeträge in Höhe von mehreren 10 000 Reichsmark. Zugleich wollte sie sich bei der SMA darum bemühen, die notwendigen Gelder als Reparationsleistungen angerechnet zu bekommen.[77]

Auch die in dem hier vorgelegten Dokument noch befürchtete Zerschlagung der wichtigen sächsischen Fahrzeugindustrie trat demontagebedingt fast vollständig ein.[78] So gut wie alle in dem Papier gehegten Befürchtungen wurden vom realen Ausmaß der Demontagen in den Schatten gestellt.

---

[74] Vgl. Ulrich Mählert, „Im Interesse unserer Sache würde ich empfehlen ..." Fritz Große über die Lage in Sachsen, Sommer 1946, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 1996, S. 215–245; S. 226 f.

[75] Vgl. ebenda, S. 230 f. sowie Naimark, Russians (wie Anm. 2), S. 179 ff.

[76] Vgl. SächsHStA LRS MP Nr. 1376 – Film-Nr. K I 137, Aufn. 125 ff.

[77] Vgl. SächsHStA LRS MP Nr. 1373 – Film-Nr. K I 137, Aufn. 167 f.

[78] Vgl. Karlsch, Rekonstruktion (wie Anm. 52), S. 112 ff.

Eine offene innerparteiliche Diskussion in der KPD/SED über die Demontagen und das sonstige Verhalten der „Freunde" wurde indessen von Ulbricht unterdrückt[79], obwohl man sich dort über die negativen Konsequenzen für das Ansehen der Besatzungsmacht und der mit dieser liierten Partei insbesondere bei der Arbeiterschaft durchaus im klaren war.[80] So berichtete auch Fritz Große, daß durch die Demontagen und deren Begleitumstände vielfach nicht zuletzt unter den „Genossen" eine „furchtbare Stimmung" entstanden sei.[81]

Daß die ökonomische Gesamtsituation insbesondere auch der unter kommunistischer Leitung stehenden Wirtschaftsverwaltung angelastet wurde, liegt auf der Hand. Diese hatte in der Tat schwere Fehler gemacht, auch waren die an verantwortlicher Stelle tätigen Funktionäre der KPD vielfach allenfalls bedingt fachlich qualifiziert. Die vielleicht entscheidende Belastung ihrer Arbeit wenigstens im ersten Jahr nach Kriegsende – aber auch darüber hinaus – war jedoch die Zwiespältigkeit der sowjetischen Besatzungspolitik. Einerseits wollte die Sowjetunion – in Anbetracht der von deutscher Seite zu verantwortenden massiven Kriegszerstörungen im eigenen Land durchaus nachvollziehbar – aus Deutschland möglichst große Reparationsleistungen herausholen. Bedingt durch die ständige Verschlechterung des Verhältnisses zwischen den ehemaligen Partnern der Anti-Hitler-Koalition reduzierte sich das dazu real in Frage kommende Territorium rasch auf die SBZ allein. Dort aber versuchten die Funktionäre der KPD beziehungsweise der SED mit offenkundiger Rückendeckung durch die Besatzungsmacht ihre Macht zu stabilisieren. Dazu war in besonderer Weise eine möglichst rasche und durchgreifende Verbesserung der desolaten Wirtschaftslage nötig. Kommunisten wie Fritz Selbmann versuchten dies zu erreichen, standen aber zugleich unter hartem Druck der SMA, ein möglichst hohes Maß an Reparationsleistungen zur Verfügung zu stellen. Bereits im Spätsommer 1945 ging die Besatzungsmacht dazu über, zusätzlich zu den Demontagen auch umfassende Reparationslieferungen aus der laufenden Industrieproduktion zu verlangen.[82] Deren Ingangbringung und ständige Ausweitung war den Verantwortlichen in der Wirtschaftsverwaltung kategorisch anbefohlen. Zugleich aber liefen die Demontagen ungebremst, ja in einer Form weiter, die gerade für das Wiederanlaufen der industriellen Produktion in höchstem Maße hinderlich war.

Letztendlich waren die Funktionäre der KPD, die in der SBZ im allgemeinen und in Sachsen im besonderen die wirtschaftspolitischen Schaltstellen besetzt hatten, mit Forderungen der Besatzungsmacht

---

[79] Vgl. Leonhard, Revolution (wie Anm. 2), S. 508 f.
[80] Vgl. Naimark, Russians (wie Anm. 2), S. 181 f.
[81] Vgl. Mählert (wie Anm. 74), S. 231.
[82] Vgl. Karlsch, Allein bezahlt? (wie Anm. 54), S. 167 ff.

konfrontiert, deren Erfüllung sich teilweise wechselseitig ausschloß. Das Verhalten der Besatzungsmacht während der Besetzung selbst und in der unmittelbar folgenden Zeit sorgte für deren rasche und tiefgreifende Diskreditierung – von welcher die mit der Besatzungsmacht verbundenen Kommunisten keineswegs unberührt blieben. Victor Klemperer notierte schon im August 1945: „Überall nur trocken Brod [sic], überall das Fortnehmen aller Maschinen durch die Russen. Und hier in Dresden heißt es dann natürlich: der Russe, der bolschewistische Russe läßt uns verhungern, bei den Amerikanern hätten wir es besser" und weiter, es sei „so schlimm für die KPD, daß uns die Russen so sehr entäuschten." Ein kommunistischer Bekannter klagte Klemperer gegenüber „über die *Russen*: sie lassen uns hungern, nehmen selbst den Arbeitern aus der Fabrikkantine die letzten Kartoffeln weg, hindern *jeden* Neuaufbau, indem sie auch friedlichste Kleinbetriebe plündernd mattsetzen, es kommen immer wieder Räubereien der Soldaten vor. Und alles wird der KPD zur Last gelegt und kommt dem Nazismus zugute und steht im schädlichsten Gegensatz dazu, was Radio und Zeitung predigen. Die lügen genauso wie sie unter Hitler logen ..." Klemperer stellte dazu fest, das sei „nun wirklich vox populi, spricht wirklich die communis opinio aus – verschiedene voces populi gibt es in diesem entscheidenden Punkt bestimmt nicht."[83]

Fritz Große, um abschließend noch einen Kommunisten zu Wort kommen zu lassen, bemerkte im Sommer 1946, daß es bis zum Beginn der Besetzung durch die Rote Armee in Sachsen keinen „Russenhaß" gegeben habe – und fügte pessimistisch hinzu: „Was jetzt passiert, kann uns aber auf viele Jahre Schande bringen."[84]

Große hat Recht behalten.

---

[83] Klemperer (wie Anm. 55), S. 84, 91 u. 93 f. Hervorhebungen im Original.
[84] Mählert (wie Anm. 74), S. 228.